

Erstklassig
nachmitt. mit Ausnahm
bei Sonn- und Feiertag.

Abonnementpreis
monatlich 60 Pfg.
vierteljährlich 1.80 Mk.
jährlich 3.60 Mk.
Durch die Post bezogen
1.80 Mk. inkl. Postgeb.
vierteljährlich 90 Pfg.

„Die Neue Welt“
(Wochenblattausgabe),
durch die Post nicht bezugbar,
kostet monatlich 10 Pfg.,
vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047.
Verlagsamt-Adresse:
Postfach 1047/1048.



Interaktionsgebühr
besteht für die Expedition
Postgebühren über dem Namen
30 Pfennig.
für monatliche Ausgaben
35 Pfennig.
Im reaktionellen Falle
kann bei Seite 75 Pfennig.

Inserate
für die tägliche Nummer
müssen spätestens bis vor-
mittags (ab 10 Uhr) bei der
Expedition aufgegeben
sein.

Erhalten in die
Postzeitung.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Baunburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Vaterland und Partei.

Bei den Kaiserfeiern und wiederum bei Beratung der neuen Steuerentwürfe hat man uns bis zum Überdruß die auch sonst oft gehörte Phrase vorgelegt: das Vaterland müsse höher liegen als die Partei, die Interessen der Partei müssten zurücktreten, wenn gemeinsame Interessen des gesamten Vaterlandes auf dem Spiel ständen. Besonders nachdem Wilhelm II. die ihm im Reichstag gemachten Vorkhaltungen kurzer Hand als „übertreibungen“ zurückgewiesen hatte, schrieben bürgerliche Blätter, dieses lägliche Rejultat sei nur deshalb eingetreten, weil der Reichstag „auch bei dieser Gelegenheit eine Parteiverbreitung geliehen sei“; keine Partei habe von ihren Sonderwünschen und Sondermeinungen ablassen wollen, insgesam habe man sich zu keiner gemeinsamen Aktion zusammenfinden können, und das habe dem Kaiser natürlich nicht imponiert. Und bei den Steuern heißt das Sprüchlein, das Interesse des Vaterlandes erfordere getreulich, die Finanzen des Reiches zu stärken, da müßten die Sonderinteressen der einzelnen Parteien zurücktreten.

Die Herren, die so reden und schreiben, denken wohl nicht daran, wofür ein dämliches Zeugnis sie damit ihren eigenen Parteien anstellen. Sie geben ja damit zu, daß sie in ihrer Parteitätigkeit nicht die gemeinsamen Interessen des Vaterlandes betreiben, sondern die Interessen irgendwelcher Sonderkreise. Das heißt, sie geben gerade zu, was sie sonst immer als das entscheidende betreiben. Sie können sonst gar nicht genug Augenbrauen aufheben, um gegenüber der Sozialdemokratie, die sich selbst oft als Massenpartei bekennt, sich als die selbstlosen Patrioten zu bezeichnen, die nicht eine Klasse, einen Stand oder Beruf, sondern das gesamte Vaterland vertreten. Von den Liberalen aller Schattierungen bekommt man das so oft zu hören, daß es wohl als allgemein bekannt gelten darf. Es steht in ihren Programmen, und sie betonen es bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. Aber auch die Konservativen sagen von sich, daß für sie „in allen Fällen die Rücksicht auf das Gemeinwohl die Hauptaufgabe bildet“, daß sie „alle produktiven Stände vertreten“, daß sie „eine Interessengruppe niemals gewesen seien und niemals werden könnten“, daß sie vielmehr „gemäß ihren Grundgesetzen gewohnt“ seien, alle Einzelinteressen dem großen Ganzen unterzuordnen usw. Und gleichartige Behauptungen liegen vom Zentrum vor.

Auf einmal sagt man uns, es bedürfe bei den wichtigsten politischen Angelegenheiten der Gegenwart einer besonderen Aufforderung an die bürgerlichen Parteien, um über ihrem Parteisitzen nicht die gemeinsamen Interessen des Vaterlandes zu vergessen, und — was noch mehr ist — daß die Aufforderung nicht einmal Erfolg gehabt habe! Das heißt mit anderen Worten; die Herren reifen zwar den Mund gewaltig auf, um ihren Patriotismus zu rühmen; aber wenn es zur Tat kommt, dann sind sie nicht zu Hause; dann ist von ihrem Patriotismus nichts zu merken.

Es wäre allerdings auch gar zu einseitig, wollte man gerade im gegenwärtigen Augenblick vom Patriotismus der Besie-

den und ihrer politischen Vertreter sprechen. Worin äußert sich denn dieser Patriotismus? Nachdem sie Monate lang in ihren Blättern verkindet haben, es sei einfach „nationale Pflicht“, die neuen Steuern anzubringen, weil das Reich sonst in seiner Existenz gefährdet sei, erfüllen sie nun diese „nationale Pflicht“ dergestalt, daß sie sich heftig gegen jede Steuer sträuben, die sie selbst bezahlen sollen, und alles oder doch fast alles auf die Weisheiten abzumäßen streben. Ihre Schwägerinnen von nationalen Pflichten sind nur Pfaffen, die sie sich selbst und andere vormachen.

Recht mehr ist es, wenn diese guten Leute auch die Sozialdemokratie in ihren moralischen Kragenjammern mit einbezogen wollen, wenn sie auch an uns das Ansehen stellen, wir sollten bei etwelchen politischen Haupt- und Staatsaktionen das „Parteiinteresse“ zugunsten des „allgemeinen Interesses“ in die Ecke stellen.

Wir haben bisher geglaubt, es gebe unter unsen Gegnern mindestens eine Anzahl ehrlicher Leute, die sich einbildeten, das Interesse ihrer Klasse sei identisch mit dem Interesse aller anderen Klassen und Gruppen, und sie könnten deshalb durch eifrige Parteitätigkeit im Interesse ihrer Klasse und in dem Interesse des gesamten Volkes fördern. Um ein paar Beispiele anzuführen, so hatten wir geglaubt, der ehrliche Konservativ sei überzeugt, daß die Unterordnung der Klasse unter die bestehenden und bevorzugten Stände im Interesse der untergeordneten Klassen liege; der ehrliche Liberale wiederum sei überzeugt, daß der Kampf aller Gegner alle, nicht bloß den Kapitalbesitzer, zugute komme, sondern der Allgemeinheit. Die neuesten Ereignisse machen es unmöglich, an solche Ehrlichkeit unserer Gegner noch fernhin zu glauben. Denn wäre denn so, dann müßte das jeder von ihnen in schärferer Betonung seines Parteipunktes beim Ziel des ganzen am besten zu dienen glücken. Und dann könnten sie doch nicht hinterher beklammern, ihre Parteimeinung nicht weit genug zurückgedrückt zu haben.

Aber der Standpunkt der Sozialdemokratie ist ein ganz anderer. Wir täuschen uns nicht darüber, daß wir eine Klassenpartei sind. Wir wissen ganz genau und halten nicht damit hinter dem Berge, daß wir nur die Interessen des Proletariats wahrzunehmen haben. In unserem Programm steht deutlich zu lesen, daß unsere Hauptaufgabe darin besteht, den Klassenkampf der Arbeiter zu organisieren und auf die Eroberung der Staatsmacht hinzulenken. Und wenn wir gleichwohl überzeugt sind, daß unsere Tätigkeit dem „allgemeinen Wohl“ dient, so nicht in dem Sinne, wie unsere Gegner es gewöhnlich auf-

weisen. Wir wissen, daß die „Nation“, von deren einheitlichen Interessen unsere Gegner so viel Redens machen, in Wirklichkeit sich aus unendlich vielen verschiedenen Klassen mit ganz unterschiedlichen Interessen zusammensetzt, wor die Interessen der einen Klasse bestmögklich zu befriedigen und die der anderen bekämpfen. Es ist also ein Wahnsinn, eine Einbildung, wenn irgend jemand glaubt, er könne die „Interessen des Vaterlandes“ vertreten. Solche gemeinsamen Interessen gibt es gar nicht. Wir sind uns also vollkommen klar darüber, daß jede politische Partei, indem sie für die Interessen einer Klasse eintritt, die der

anderen verfehlt. In diesem Kampf der Klassen haben wir nun die Partei der wirtschaftlich entrechteten Klasse ergriffen, und das Proletariat macht, sichtlich gerechert, 90 Proz. der Bevölkerung aus. Schon aus diesem Grunde könnten wir sagen, daß unsere Bestrebungen der gesamten Nation am meisten dienen, weil sie ja deren größten Teil zielen. Aber noch mehr. Der Kampf zwischen den Klassen ist auch in der heutigen Wirtschaftsordnung das einzige und unentbehrliche Mittel des Kulturfortschritts. Nur wenn die unterste Klasse, das Proletariat, sich nicht mit seiner Lage begnügt, sondern sich dagegen aufbäumt, gegen die Vorrechte der Besitzenden ankämpft und in diesem Kampfe schließlich den Sieg erringt, nur dann wird die Kultur wieder um eine Stufe gehoben. Tritt dieser Kulturfortschritt ein, dann wird er allerdings zum Segen für alle Menschen, auch für die, die ihn heute bekämpfen. Mit anderen Worten: vom siegreichen Klassenkampf des Proletariats erhoffen wir Segen und Glück für alle Menschen.

Dies ist unsere Überzeugung, und es lautet wohl ein, daß ihr gegenüber das Gerübe vom Zurücktreten des Parteinteresses hinter dem Wohl des Vaterlandes nur leere Phrasen bleiben kann. Wir dienen der Gesamtheit, indem wir die Ziele unserer Partei rücksichtslos verfolgen.

Tagesgeschichte.

Halle, den 26. November 1908.

Ratshob vor dem Reichstage.

Am gestrigen Dienstag kam im Reichstage die furchtbare Katastrophe aus Besse Ratshob zur Beratung. Herr Weidberg (Zentrum) und Herr Behrens (Bischof, Sg.) begründeten die Interpellation ihrer Parteien über diesen Gegenstand. Die allgemeine Empörung der Bergarbeiter zwang die beiden Herren zu einer Sprache, die noch vor ein paar Jahren von ihrer eigenen Parteipresse als „hehrlich“ bezeichnet worden wäre. Wir schreiben aber 1908, und im Jahre der Wamage des persönlichen Regiments magt man nicht, den Bergarbeitern zu bieten, was man ihnen im Jahre der Wilsowischen Delassé-Belegung 1905 zu bieten wagte. Damals schamachte im Reichstage der Grubendanzler gegen die streifenden Grubenleute; damals (sogar bei v. Normann, daß die Konfession die Sache nicht, aber auch rein gar nichts angeht. Jetzt haben Konservative der ansehlichen Interpellation ihre Unterstützung geliehen, und Herr v. Weismann-Kollmer, der Wilsow des Stillstandes, und Minister Delbrück, der Arbeiterseger, fegten den Bergarbeiterforderungen nicht mehr das salbungsvolle Wohlwollen der Inverbländlichkeit, der zweite die zogen Auskünfte bestieg entgegen. Was freilich von Weismannschen Vertuschungen zu halten, hat man beim Vereinsfest und seinen berechtigten Sprachparagrafen erlebt. Und die faarabischen Arbeiterkontrollen, mit denen man das Ruhrgebiet beglücken will, sind, wie Benosse Que mit prägnanter Kürze sagte, Nullfeste und nicht Reform.

Die einstimmig beschlossene Verpöschung der Interpellation

Die beiden Sträflinge.
Australischer Roman von Friedrich Gerstäcker.

„Wieder hatte der Fremde bei Kennung des Namens die ihm zuerst ergriffene Frau sorgfältig betrachtet, aber diese wandte sich von ihm ab, ging zu ihrer Arbeit zurück und begann aufs neue emsig zu nähen.“

„Wie ist denn wohl Ihr Name?“ sagte Bischof endlich, der mit stillen Begehren dem von Gott entwinkelten Koppelt eine Weile zusehete. — „Ich heiße Bischof und bin Klempnermeister und Bauer.“

„Ihr Name ist Schreiber“, erwiderte Mac Donald.

„Ich hielt ich Sie für einen Quatter aus dem Lande“, meinte der Deutsche. — „weil Sie mir gar so englisch ansahen — das sind Sie aber wohl nicht?“

„Ich allerdings halte ich früher die Weid, nicht tendend zu antworten, um wenn ich einen passenden Red finden, tu ich's vielleicht noch.“

„Das beste, was ein Mensch tun kann in der Welt“, sagte Bischof. — „Das Land ist hier herum eben nicht das allerfruchtbarste, aber es trägt doch recht gute Ernten, und ein fleißiger Mann findet dabei ein hübsches Brot. Würden Sie pachten?“

„Sie selber haben hier gepachtet, das Land, nicht wahr?“

„Früher ja, jetzt aber. Gott sei Dank, mein eigen. Das Pachten ist ich gesten, solange man eben nicht anders kann und hübsches Vorkaufsgeld mit einem gleich von vornherein bestimmten Landpreise bekommt. Sonst soll aber der Center sein. Die großen englischen Landbesitzer nehmen uns Deutsche allerdings mit Ausnahm, wir sind ihnen gerade recht, denn wir düngen und bearbeiten das Boden, wie sich's gehört, und wenn wir ihn eine Weile unter den Händen gehabt haben, ist er das vierfache wert von vorher. Das wollen die Herren auch recht gut, und viele, wie zum Beispiel der reiche Hans, wollen nur Deutsche auf ihren Grundstücken haben.“

„Ich bezogten Sie sich gut mit solchen englischen Landbesitzern?“

„Warum nicht? — Sie haben ihnen Nutzen getan und wir auch, und wo das der Fall ist, verdrängt man sich immer gut. Manche schimpfen freilich auch auf sie und hätten auch alle Ursache, wenn sie nur nicht selber daran schuld wären. Da hat sich der reiche Ludwig zum Beispiel ein Paar ansparren lassen, die in Deutschland bei ihrem Schiffskontrakt mit für

die ganze Schiffsgesellschaft untereinander gutgekönt hatten. Die Auswanderungsagenten drücken nach der ramer Zeiteln nämlich bei einer Menge Kontrakten, besonders wo sie sich verpflichten, hier ihre Passage durch Arbeit abzuverdienen, allerlei Verschönerungen und lassen sie nachher unterschreiben, daß sie alle füreinander gutigen wollen. Gestalt ihnen das nicht, so heißt's gewöhnlich: „Aber das kommt auch ja auch zugute, denn wenn sie nicht bezahlen könnten, müßten die anderen für sich einstehen“, und so setzen die barmherzigen Beamten auch getrost ihre Namen drunter, nur um fortzukommen. Wird aber nachher von ihnen erfordert, was sie selber unterschrieben haben, so reihen sie die Wäuler auf und fahren über Lindrecht. Recht ist ihnen gegeben — was dumme ist, muß gerügt werden. Unterföhrlich nichts, was dem sie nicht will, was daraus werden kann. Die christlichen Menschen kommen dabei überhaupt immer am schlimmsten weg, denn die bezahlen obendrein, und die Kumpen drücken sich um ihre Kontrakte herum und denken: — die anderen werden's schon abmachen. Dazu kommt dann noch, daß wir hier in Australien auch Menschen haben, die von Auswanderungsagenten für ein paar Schilling in die Hände arbeiten, verdrückte Briefe hinüber schreiben, was Kontrakte für ein Paradies ist, und wie die Deutschen hier von den Engländern an den Sünden getragen werden, um. Die dummen Wauerndödel dabei denken nachher, was sie schmarz auf weih sehen, muß ja wahr sein, machen sich eine wundergroße Idee von dem Lande, und wenn's ihnen gut geht, verlangen sie's besser, e' gab aus reinem Übermut.“

Bischof hatte sich warm dabei geäußert, und der Fremde tun ruhig lassen, um seine Maßzeit zu beenden. Es war augenscheinlich, daß er sich sehr wenig für diese deutschen Redewendungen interessierte; desto mehr Raum konnte er seinen eigenen Gedanken dabei geben. Diese trugten ihn zu anderen Gedanken, und die Frage, mit der er seinen redlichen Wert unterredete, betrug, um wieviel er die vorige Rede geachtet.

„Sie wissen wohl nicht, ob jetzt die Schiffe im Hafen von Adelaide liegen und vielleicht auf Abfahrt angesetzt sind?“

„Schiffe“, sagte Bischof, dem diese Frage auf rasch kam, um sie gleich beantwortet zu können. — „Um, das weiß ich wirklich nicht. Dabon erfahren wir hier nur wenig. Wenn nicht manchmal ein deutsches Schiff eintrifft, das frische Einwanderer und Briefe aus der Heimat bringt, bestimmen wir uns gar nicht darauf.“

„Aber Sie verschiffen doch Ihre Produkte!“

„Das tun die Kaufleute, wenn ja etwas verschifft wird. Wir Deutschen verkaufen fast alles an Zwischenhändler, das ist bequemer. Die holen nachher, was wir haben, hier an Ort und Stelle ab, und wir brauchen uns nicht weiter darum zu kümmern.“

„Kann man das wohl hier in der Nachbarschaft erfahren?“

„Berg Schiffe? O ja, — der Doktor Eisele hält die englische Zeitung; da helfen alle Schiffe durch, die kommen und gehen, und wann sie abfahren und was sie geladen haben.“

„Und wo wohnt der?“

„Seine Weife Taubt von hier. Wenn Sie aber nach Adelaide hineingehen, erfahren Sie's ja um so viel besser. Da liegen Zeitungen in allen Schenkenläden aus.“

„Und halten Sie sich hier gar keine Zeitungen, nicht einmal eine deutsche?“ fragte der Fremde. „Soweit ich weiß, erscheinen doch eine oder zwei deutsche Zeitungen in Adelaide.“

„Ja, sie drucken da wohl so was, meine Bischof, indem er ein Bein über das andere hob und sich behaglich im Stuhl zurücklehnte, aber was steht man dran? Geheißtes steht doch nichts darin, und Politik und bezerrige Geschichten, darum bekümmere ich mich schon lange nicht.“

„Man braucht sich gerade nicht viel darum zu bekümmern“, meinte Mac Donald, „muß aber doch auch ein klein wenig davon verstehen, wenn's auch nur wäre zu wissen, wenn man zur Geselbgebung mitwählen soll.“

„Ach!“, sagte der Deutsche. — „Ich wähle gar nicht mit — die Engländer tun so, was sie wollen. Ich wähle meine Frauen und damit Konfirmation, mit allem anderen lassen sie mich in Frieden lassen. Wählen? ja, da dummen sie einen ganzen Tag herum und laufen und streiten, und tragen Rahmen herum und anderen Unfimm. Wenn sie zu Hause blieben und ihre Arbeit machen, wär's netzlicher.“

„Aber das muß doch auch hier“, lächelte der Gast, der unwillkürlich die früheren Zeiten und die Aufregung zur Unmöglichkeit der jetzigen ungeschützteren Ruhe des biedereren Deutschen veralt; — „wer soll es tun, wenn sich die Leute, deren eigene Interesse es betrifft, nicht darum bekümmern?“

„Die Regierung, sie weiß nicht mit einem Mal, als ob durch das ein Wort das ganze Problem der Staatlichkeit und inneren Verwaltung gelöst sei — wofür ist sie denn da? — woher sollen wir denn unsere Steuern? Das heißt, daß man sich auch noch damit befassen müßte, und darum bin ich wahrhaftig nicht nach Australien gekommen. Hier will ich meine Ruhe



bräute zunächst eine mässige, laue, hause Aube des national-liberalen Herrn Omann-Sohn. Omann-Sohn hätte es vermuthlich besser gemacht. Nicht hätte vor Omann Sühndacht, daß die national-liberale Fraktion im Dreifachhause anders zum Reichsgericht steht, als die Reichsminister des Reichstages zu leben beabsichtigen. Kommt von verschiedenen Wohl-rechten, wobei Graf Solobowitsch sagen. Auf die Höhe eines großen Tages erhob die national-liberale verluste Debatte erst wieder die wichtige und glanzvolle Angelegenheit des Genossen Que. Que verwies die Regierung, insonderheit die Verge-hörde, vom Blase des Sachverständigen dahin, wo sie gehört: auf die Angelegenheit als Witzschüßige. Heute geht die Beratung weiter.

Vertrauen! Hoffnung! Dankbarkeit!

Auf ein Ergebnisseslektrogramm eines Wocherjammung in Freiburg i. Pr. antwortete Fürst Bielow:
Für die patriotische Begrüßung der von der national-liberalen Partei, Reichspartei und Deutschen Volks-partei (!) einberufenen Versammlung sage ich aufrichtigen Dank. Ganz Deutschland hat guten Grund, die Kundgebung unseres Kaisers mit so viel Vertrauen, Dankbarkeit und Hoffnung aufzunehmen, wie das zu meiner Freude in Freiburg geschehen ist.

Man kann der Jubel über „unsern herrlichen Kaiser“ wieder in allen Ecken und Enden losbrechen. Das man nicht geschnitten und majestätischste, so kann man doch heute wieder durch rufen und böhnenrufen, weih man auch nicht verdammt. Fürst Bielow behandelt den Wocherjamm, wie er's verdient.

Fürst Bielow zeigt sich ganz recht lebhaft bemüht, das Ansehen seines Arbeitgebers auch im Ausland zu heben. Er hat einem Vertreter des Pariser Petit Journal erklärt, es sei sehr tadelnswürdig, wenn die New Yorker World „dem Kaiser so grenzenlos unanständige Worte in den Mund lege, die er nie gesprochen hat, und an die er auch nie im Traume gedacht hat“. Fürst Bielow sollte sich im Bereich mit ausländischen Journalisten größere Zurückhaltung aufweisen, und sollte Aeußerungen, die noch immer von einem großen Teil des Auslandes für wirkliche Aeußerungen des Kaisers gehalten werden, nicht als „grenzenlos unanständig“ bezeichnen. Warum hat übrigens der Reichskanzler 800 000 Mark aus Reichskassens daran verwendet, um die Veröffentlichung der ersten kaiserlichen Aeußerungen im Century Magazine zu verhindern?

Vertrauen, Hoffnung, Dankbarkeit! Wir wüßten nicht mehr.

Das Galabana-Kammel-Ende.

Am 1. Mai nächstes Jahres wird im Haag das Schiedsgericht in der Galabana-Sache zusammenzutreten. Deutschland und Frankreich wählten je zwei Schiedsrichter, von denen jedoch nur einer der eigenen Nation angehören darf, die vier Schiedsrichter wählten dann ihren Obmann selbst.

Sterbepfeifen.

Der Verband nationaler Vereine in Leipzig hatte zu Montag abend eine öffentliche Versammlung nach dem Zentrallokal, einem der größten Säle Leipzigs, zu dem Zwecke einberufen, die Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie zu trennen. Dieses scheinbar so vollkommene, nach dem national-liberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Weber übertragen worden, der über Die Sozialdemokratie und die Arbeiterklasse referierte. Die nach besuchte Versammlung bestand zu 90 Proz. aus Parteigenossen, die Gegner mögen mit etwa 100 Mann vertreten gewesen sein.

Das Referat Webers bestand aus einigen Vorkursiven aus der Reichsversammlung und der bürgerlichen Presse und enthielt die unabhäre Behauptung von der negativen Politik der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage. Große Hoffnung setzen die bürgerlichen Parteien — nach den Ausführungen der Partei — auf die Revisionisten und die Gewerkschaften, die die Partei zerlegen und im nationalen Sinne umbilden werden, wie die in den Landtagen und in den Gemeindevorstellungen geleistete praktische Mitarbeit der sozialdemokratischen Vertreter bemerkt.

Die Genossen Dr. Lenzsch, Schöpflin, Rüttig und Seeger nahmen in der Diskussion die bürgerliche Politik, die Sozialpolitik und die Finanzpolitik in Bezug auf die Arbeiter der Nationalen folgenden Resolution mit förmlichem Beifall angenommen wurde: „Die Versammlung erblickt in dem Bemühen des Reichstagsabgeordneten Weber, die Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie zu trennen, den ohnmächtigen Versuch, das deutsche Proletariat über die politischen Interessen irrezuführen. — Dieser Versuch wird um so sicherer scheitern, als der Abgeordnete Weber sich als Kandidat einer Partei ausgeben hat, die sich vom ersten Tage als die gefeierte Tochter der Sozialdemokratie zu spalten, mit Entrüstung zurück und erklärt, unbeeinträchtigt in Zukunft der Sozialdemokratie ihre Treue zu bewahren.“
Weber soll nicht sonderlich erfreut gewesen sein über die Annahme dieser Resolution.

Der Hofmannsriegel im sächsischen Landtag.

In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer des sächsischen Landtages gaben die national-liberalen Abgeordneten Langhammer, Riedelmann und Werten in Bezug auf die Verfassungskommission des Reichstages folgende Resolution mit förmlichem Beifall angenommen wurde: „Die Versammlung erblickt in dem Bemühen des Reichstagsabgeordneten Weber, die Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie zu trennen, den ohnmächtigen Versuch, das deutsche Proletariat über die politischen Interessen irrezuführen. — Dieser Versuch wird um so sicherer scheitern, als der Abgeordnete Weber sich als Kandidat einer Partei ausgeben hat, die sich vom ersten Tage als die gefeierte Tochter der Sozialdemokratie zu spalten, mit Entrüstung zurück und erklärt, unbeeinträchtigt in Zukunft der Sozialdemokratie ihre Treue zu bewahren.“
Weber soll nicht sonderlich erfreut gewesen sein über die Annahme dieser Resolution.

„Mein“, sagte Mac Donald, der nicht für gut fand, eine solche Aeußerung hier kundzugeben, und nach eine Notizge erachte, und in der Antwort, ohne Bedacht zu erweisen, zu ergehen. „Ich habe unter anderem von einem Engländer eine ganze Seite mit aufrichtigen Vorgesängen gelesen, die er in diesen Tagen mit seinem Katen nach Adelaide schicken wird, und möchte die selben gern sobald als möglich nach Deutschland verschicken, ehe sie von den Insekten angegriffen und beschädigt werden.“
„Sie sind wohl selber so eine Art von — Raturforscher — nennen Sie's, glaub' ich“, meinte Riedel, „die ganze Erde voll Stein und Unkraut und die Vögel alle zusammenpacken, um sie in Kisten aufzubehalten. Hier in Saalburg haben wir auch so ein Exemplar, der alle Vögel tollschreit, die er kriegen kann, und nachher Leute such, die sie ihm abkaufen.“
(Fortsetzung folgt.)

die dahin geht, daß die national-liberale Fraktion mit dem Verlassen des Reichstages in der Abgesandtheit des verstorbenen Abgeordneten Willmann nicht einverstanden sei. Der Reichspräsident hätte die Willig gehabt, dem Abgeordneten, als er ihm seine Kandidaturüberlegung mitteilte, von diesem Schritte abzuraten, da der Abgeordnete doch offenbar in krankhaften Zuständen gehandelt hätte. Schied müsse namens der Fraktion erklären, daß sie mit dem Verhalten des Reichspräsidenten in diesem und in andern Fällen nicht einverstanden sei, und daß es das Vertrauen der national-liberalen Fraktion nicht mehr bestünde. Der Reichspräsident erbitterte, daß er trotzdem die Geschäfte des Reichstages weiterzuführen werde.

Allgemeine Studentenpolitik.

Der Verein deutscher Studenten erklärt an die Organisationen der deutschen Studenten einen Aufruf, um eine Disziplinierung für die deutschen Studenten Wegs zu inszenieren. Die jungen Herren werden aufgerufen, wenigstens ein Semester ihrer Studien in Prag zu absolvieren, und zur Organisation dieses reichsdeutschen Zugangs nach der sächsischen Landeshauptstadt wird die Aufwendung bedeutender materieller Mittel in Aussicht gestellt. — In Prag sind bekanntlich seit ein paar Wochen Heileriken zwischen deutschen Studenten und Tschechen ein beliebtes Sonntagsgewand; doch darf man keineswegs glauben, daß irgend ein Student, der an der Frage deutscher Unberührt ruhig publizieren will, als „sächsischen Mob“ daran gebunden wird, sondern nur, daß der demokratische Sonntagsummel die hundert Will, der bei den Tschechen — allerdings sehr unangenehm — mit Gegenemonstrationen beantwortet wird, wobei es gemeintlich nicht ohne kleine Aede abgeht. Die deutschen Studenten in Prag brauchen also keine reichsdeutsche Hilfe, sogar im Rahmabkommen haben sie schon so viel Tüchtigkeit bewiesen, daß eine Unterstützung durch den V. d. St. durchaus überflüssig erscheint.

Bei der sächsischen Bevölkerung Prag und Böhmens würde die Disziplinierung der preussischen Studenten Aufregung hervorrufen. Diese Disziplinierung stellt sich hiermit als ein Unfang dar, an dem sich die ernst denkenden Studenten nicht beteiligen werden.

Kirchensteuer.

Die dem Reichstag zur Begründung der Reichsfinanzreform zugegangenen Denkschriften stellen auch die Höhe der Kirchensteuer fest. Nach dieser Statistik betragen im Jahre 1907 die Steuern und Abgaben in den evangelischen Kirchengemeinden 43,7 Mill. Mark, in den katholischen 15,8 Mill. Mk. Auf die einzelnen Bundesstaaten verteilt, ergibt sich folgendes Resultat: In Preußen betragen die Steuern und Abgaben in den evangelischen Kirchengemeinden 30,9 Mill., in den katholischen 12,4 Millionen, in Bayern 0,9 und 0,7 Mill., im Königreich Sachsen 5,0 und 0,8 Mill., in Württemberg 0,8 und 0,2 Mill., in Baden 1,4 und 1,4 Mill., in Hessen 0,2 und 0,4 Mill., im Großherzogtum Sachsen 0,3 Mill. und 2000 Mk., in Oldenburg 0,2 und 0,8 Mill., in Braunschweig 0,2 und 0,2 Mill., in Mecklenburg und Vorpommern 33.000 und 2000 Mk., in Meckl. v. L. 49.000 und 2000 Mk., in Lippe 174.000 und 3000 Mk., in Zülpf 114.000 und 3000 Mk., in Hamburg 880.000 und 54.000 Mk. Nur in evangelischen Gemeinden wurden an Steuern und Abgaben aufgebracht in Sachsen 183.000 Mk., in Meckl. v. L. 114.000 Mk., in Schaumburg-Lippe 53.000 Mk., in Bremen 51.000 Mk., in Ostfriesland 27.000 Mk. In den beiden Mecklenburg, in Sachsen-Nürnberg und Getha, in den beiden Schwarzburg sowie in Meckl. v. L. wurden keine Kirchensteuern erhoben.

Die feinfühligste Militärminister.

Eine Zuschrift an die Meckler Zeitung bringt etwas Licht in die Affäre des Militärministerpostens für die Meckler, der vor einigen Tagen vom Kriegsgericht wegen Verleumdung Untergeordneter in über 850 Fällen zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wurde.

Wie aus der Zeitschrift hervorgeht, kam die Verhandlung gegen den Militärminister aus Rollen durch die Angaben eines befreundeten Militärers über seine Fahnenflucht. Außer ganz zipfelhaften Schimpfwörtern wendete sich gegen die Militärer auch Anwesenheit eigener Freigang, an beispielsweise „Ersterer Rumpelkammer“ oder „Pretzelkammer“. Und nach sagte der aldenheim geschützte, mit Offiziersrechte besetzte Verhandlungsführer, Kriegsgerichtsrat Burgmann zu den also titulierten Mannschaften: „Was müssen Sie aber feinfühlig sein, wenn Sie so etwas als „Verleumdung“ auffassen!“

Interessant ist auch, bei welchen Gelegenheiten die vorchriftswidrigen Verhandlungen und Mißhandlungen von Mannschaften sich ereigneten. Durch das eibliche Zeugnis der Offiziere wurde zur Entlastung des Militärministers ausdrücklich festgesetzt, daß sie im letzten Sommer vorgekommen seien, in der Zeit also, „da der bevorstehende Reichslandtag und die kraspansischen Vorbereitungen für Japankrieg, Parade und Wandel alles nervös machten, anscheinend nicht am wenigsten die Vorgesetzten, unter deren Druck der Angeklagte als dienstalteter Stabskapitän der Brigade zu leiden hatte.“

Dies zeigen sich die Folgen des heutigen militärischen und persönlichen Systems, das die schlimmsten Eigenschaften vorgefetzter Leute geradezu herausfordert.

Keine schriftliche Garantie. Das Wollfische Telegraphenbureau verbreitet folgende offiziöse Notiz: Wenn einige Zeitungen die Meldung bringen, der Reichskanzler habe dem Reichstagspräsidenten Grafen zu Stolberg ein von dem Kaiser unterschriebenes Schriftstück gezeigt (in welchem er sich verpflichtet haben sollte, größere Zurückhaltung zu üben), so ist dies unrichtig. Der Reichskanzler hat dem Grafen Stolberg weder ein solches Schriftstück gezeigt, noch von dem Vorhandensein eines solchen Mitteilungen gemacht. — Wir haben die von der Kreuzzeitung in die Welt gesetzte Enten von vornherein als das gehalten, was sie ist.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat das von den Sozialdemokraten angeforderte Mandat des freisinnigen Redakteurs Dr. Jezer in Frankfurt a. M. für gültig erklärt. Jezer war mit scharfer Mehrheit gegen Genossen Dr. Cuard gewählt worden.

In der Gewerbebotschaft des Reichstages wurde der Teil der Gewerbebotschaften, der sich mit den Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeitern und jugendlichen Arbeitern befaßt, in 2. Lesung erledigt. Dieser Abschnitt soll geändert an das Plenum gelangen und demnach der schriftliche Bericht fertiggestellt werden.

Graf Seppel hat nach einer Mitteilung des Reichstagsamtes 500 000 Mk. bereits erhalten, eine weitere Million werde ihm demnächst zugehen, und die letzten 800 000 Mk. werde er erhalten bei der Abnahme des zweiten Aufschusses.

Der Bund der Industriellen hielt in Berlin seine Generalversammlung ab, an der auch Vertreter der Regierung teilnahmen. Der Bund forderte eine neue Wahlkreisverteilung in Preußen und eine Verneuerung der Wege, um der Industrie eine größere Vertretung zu schaffen. Die Gründung eines politischen Bundes der gewerblichen Arbeitgeber hält der Bund

der Industriellen noch nicht für genügend gefügt. In den Hoffentlichkeiten und deren Freipolizei erblickt der Bund eine schwere Gefährdung der weiter verarbeitenden Industrie. Der Bund fordert daher von der Regierung geeignete Handlungsmaßregeln zum Schutze dieser Industrie.

Der Reichspräsident hat dem Reichsgericht. Vom Reichsgericht 1 in Berlin ist am 4. Mai der frühere Geheim-Sekretäratskassistent beim Kolonialamt Oskar Böplow zu einem Konat Gefangen verurteilt worden, weil er es unternommen hatte, den Staatssekretär von Schön zu einer Anbahnung zu nötigen. Herr v. Schön hatte in der Budget-Kommission des Reichstages auf eine Anfrage Erbergers erklärt, daß Deutschland keine politischen Ziele in Tibet, Afghanistan und Persien verfolge. Darauf schrieb ihm Böplow, diese Erklärungen seien unrichtig, Herr v. Schön möge sie richtig stellen, sonst werde er, Böplow, den Reichstag davon in Kenntnis setzen. Die Verhandlung vor dem Landgerichte fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt, ebenso die Verhandlung über die Revision des Angeklagten. Der 2. Straftat des Reichsgerichts erkannte gegen den Angeklagten eine Strafe des Reichsmittels. — Wer hat denn nun die Wahrheit gesagt, Böplow oder Schön?

Ausland.

Oesterreich. In Wien wurde gestern die technische Hochschule wegen der Neuorganisation der italienischen Studenten geschlossen. Die Zahl der Verletzten beträgt mehr als hundert; doch sind die meisten Verletzungen infolge der Panik entstanden, nicht durch Schüsse. Schwere Verletzte wurde zum Glück niemand.

England. Wie man in dem Wald ruft... Mit 74 gegen 28 Stimmen hat am gestrigen Dienstag das englische Oberhaus, trotz Abwesenheit der Regierung, eine Resolution angenommen, durch welche eine wesentliche Verhärtung des englischen Landheeres gefordert wird. Antragsteller und Begründer der Resolution war der Inhaber des preussischen Schwarzen Adlerordens und Großkreuz der sächsischen Kreuzritterorden, Lord Roberts, dem das Kaiserreich des Reichs nachsagte, er habe den Feldzug, der ihn zum berühmtesten Militärführer Englands machte, nach Plänen Wilhelm II. geführt. Aber weder der Schwarze Adler noch die englische geistige Unterfertigung, die er beim deutschen Kaiser gefunden hat, haben den großen Feldmarschall gehindert, sich an die Spitze einer nationalitätlich-militaristischen Bewegung zu stellen, die in Deutschland den Feind sieht.

Sicherlich ist gerade der Umstand, daß Lord Roberts mit einer sonst nicht üblichen Offenheit von Deutschland als dem vorwärtigen Gegner sprach, in erster Linie mit entscheidend dafür gewesen, daß sich nur eine geringe Widerheit der Reichstammer seinem Annehmen widersteht. Alle Berichte aus England stimmen jetzt darin überein, daß infolge der Veröffentlichung des Kaiser-Interessens im ganzen Lande Millionen und alle Ansätze einer Friedens- und Verhängigungspolitik vernichtet wurden.

Es ist vorerst nicht zu erwarten, daß die Regierung dem Wunsch des Lords Rechnung trägt. Aber bezeichnend ist die Annahme der Resolution für die Gefahren, die durch die deutsche Politik heraufbeschworen worden sind.

Ungarn. Wegen Ermordung eines Grenzsoldaten verurteilte das Kriegsgericht in Wien gegen drei Mädchen und zwei Männer, die unweit Grajovo beim Schmuggeln abgefaßt und von Grenzsoldaten verhaftet worden waren. Auf dem Exzessprotokoll überlieferte die Anklägerin den Soldaten, banden und erschossen ihn. Das Kriegsgericht verurteilte zwei der Mädchen, Schwelgern, zum Tode durch den Strang, den einen Schmuggler zu 15 Jahren Zwangsarbeit, das dritte Mädchen zu sechs Monaten Gefängnis; der fünfte Schmuggler wurde freigesprochen.

Zur Lage auf dem Balkan.

Der österreichisch-ungarische Botschafter Pallavicini teilte der hiesigen Regierung mit, er habe Instruktion erhalten, Konstantinopel bis auf weiteres zu verlassen. Man erblickt darin eine ernste Demonstration.

Serbien hat an Montenegro eine Million Franks gezahlt als „Vorfuß“ zur Fortsetzung der Rüstungen. Botschafter Jungen besaßen nun habe Serbien selbst nichts mehr. Warum das Geld als „Vorfuß“ bezeichnet wird, ist etwas schleierhaft.

Zur Revolution in Rußland.

Zur Auslieferung Wassiljews.

Was Penza wird berichtet, daß der Prozeß gegen das Mitglied der sozialrevolutionären Partei, Wassiljew, der vor einiger Zeit vom sibirischen Bundesgericht dem Jaren ausgesetzt wurde, am 12. Dezember in Penza durchgeführt werden soll.

Diesem Wassiljew nur unter der Bedingung ausgeliefert wurde, daß er von einem „ordentlichen“ Gericht abgeurteilt werde, findet die Verhandlung gegen ihn nicht, wie gefehlt vorgezeichnet, vor einem Geschworenengericht statt, sondern in der besondern Delegation des Garatower Appellgerichts unter Teilnahme dreier Ständevertreter. Die russische Regierung will sich offenbar der Eventualität nicht aussetzen, daß Wassiljew — wie seinerzeit Wera Wassiljowa — von den Geschworenen freigesprochen wird, und darum läßt sie ihn vor einem Gericht aburteilen, das ausschließlich aus Staatsrichtern besteht und in welchem die „Ständevertreter“ (ein Oberstaatsanwalt, ein Staatsanwalt und ein Gemeindefürsprecher) die Rolle einfacher Statisten spielen.

Wenn die schweizerische Regierung zu ihren Vorzügen, daß in der Auslieferung Wassiljews bestraft, nicht noch ein neues hinzuzufügen will; wenn sie sich nicht mitzufügig machen will an dem Bluturteil, das von der Jarenregierung befallenen Richter gegen Wassiljew fallen werden, — so muß sie schließlich Protest erheben gegen die Handlungsweise der russischen Regierung. Wassiljew muß laut Gesetz von dem Geschworenengericht abgeurteilt werden. Das ist das „ordentliche“ Gerichtverfahren, das in ähnlichen Fällen angewendet wird und das nach der Zulassung, die die russische Regierung gab, auch in diesem Falle angewendet werden muß.

Was den Schutrinen bei den Deutschen gefällt.

Der Bogrominiführer Jurischewitsch stellte während der verflochtenen Dumafession das deutsche Korpsstudententum als Muster für die russischen Studenten auf. Das Organ der Bogrominiführer Genamja ist in dieser Beziehung noch nicht gegangen. Es schreibt aus Anlaß eines Rabaus, den deutsche Studenten in Wien verübt haben sollen, folgendes: „Das deutsche Volk hat einen Judenpogrom inszeniert, bei welchem 70 Juden verlegt wurden. Die Deutschen haben auch getörmte Partisanen, und die deutschen Studenten unterstützen ihn. Einmal mit der größten Energie vor Anstandsmännern, jeder muß voll Respekt inszeniert werden, daß die russischen

Studenten ihnen nicht deutlich sehen. . . Wird aber vielleicht der Patriotismus der deutschen Studenten den russischen Studenten nicht als Vorbild dienen? Werden sie auch ferner, anstatt das jüdische Joch abzuwerfen, sich willkürlich der Führung dieses verfluchten Volkes antrauen?"

Wichtige Statistik.

Der russische Gelehrte hat im vergangenen Monat mit verdoppelter Energie gearbeitet. Nach den kühnsten Angaben der Tageszeitungen wurden im Oktober zum Tode verurteilt 181 Personen, oder fast doppelt so viel als im vorhergehenden Monat. Die Zahl der vollstreckten Todesurteile beläuft sich nach den noch kürzlichigen Angaben der Presse auf 51. Wie wohl, Slowo mittelst, wurden während der vergangenen Jahres Monate in Warschau allein vor dem Kreisrichtergesicht 28 Personen zum Tode verurteilt.

Volkswirtschaftliches.

Der Zusammenbruch der Bonner Bank für Handel und Gewerbe.

Nach dem Tode der Solinger Bank ist häufig darauf hingewiesen worden, daß verschiedene kleine Aktienbanken einen Tätigkeitsbereich befänden, der in keinem Verhältnis zu ihren Mitteln steht. Wie berechtigt die Warnung zur Vorsicht war, zeigt jetzt der Zusammenbruch der Bonner Bank für Handel und Gewerbe, die bisher als ein kleines, aber sicher fundiertes und solide geleitetes Institut galt. Dieses Unternehmen besteht seit dem Jahre 1875, es wurde damals mit einem Stammkapital von 180 000 M. errichtet, nach verschiedenen Erhöhungen hatte es schließlich ein Aktienkapital von drei Millionen Mark erreicht, die letzte Erhöhung um 1,2 Millionen Mark erfolgte im Jahre 1904. Dem Aufsichtsrat der Bank gehören Vertreter begüterter und alteingesessener Familien an, das Vertrauen des Publikums soll dadurch noch gestärkt worden sein, daß zu den Nummern des Instituts besondere kirchliche Stiftungen gehören. Die Namen der Aufsichtsratsmitglieder und die Strengenshaft ermöglichen es, daß das Institut Depositionsgelder in Höhe von etwa sechs Millionen Mark erhielt. Die Verwaltung gab bekannt, daß die künftigen Mittel hauptsächlich wegen der seit langem herrschenden Stodung in Handel und Gewerbe, namentlich im Bauwesen, festgelegt erschienen. Sie hoffte, daß bei ruhiger Geschäftsentwicklung die Gläubiger seine Verluste erkrden werden. Wanken sind um eine Hissaktion erucht worden, um eine möglichst schnelle Erledigung der Liquidation herbeizuführen. Die weiteren Meldungen ergaben, daß die Bank bei ihrem Kapital von drei Millionen Mark einer einzigen Kaufkraft einen Kredit von drei Millionen Mark genährt habe, ferner räumte sie dem Schlossbrunnen in Gersheim einen Kredit von 850 000 Mark ein.

Die Erwartungen der Verwaltung sind nicht in Erfüllung gegangen, nach einem Bericht des Wirtens-Bouriers hat eine am Sonntag stattgehabte Konferenz der Geschäftsleute, die in Bonn hielten, unterhalten die Möglichkeit einer Hissaktion vorzunehmen. Nach der bisherigen Ueberseht wird angenommen, daß das Aktienkapital und die Reserven als völlig verloren angesehen werden müssen. Antweil die Gläubiger befriedigt werden, steht noch nicht fest, doch auch hier wird mit einem größeren Ausfall gerechnet.

Der Aufsichtsrat der insolventen Bank hat den Beteiligten geraten, von weiteren Schritten abzusehen, da bei ruhiger Abwicklung Aussicht vorhanden sei, die Gläubiger voll zu befriedigen. Diese Erklärung hätte nach der Ablehnung der Hissaktion durch die Banken nur dann noch einen Wert, wenn die Aufsichtsräte ohne Umschweife erklären, daß sie mit ihrem Vermögen für den schweren Ausfall, den namentlich mittlere und kleinere Gewerbetreibende durch den Zusammenbruch erleiden, eintreten. In welchem Umfange die Aufsichtsräte etwa nach dem Gesetz mit ihrem Vermögen den Gläubigern zu haften haben, wird erst später festzustellen sein. Doch jetzt schon kann es keinen Zweifel unterliegen, daß die Aufsichtsräte, die den wohlhabenden Kreisen angehören, die Pflicht hätten, die Bereitwilligkeit zur Erstattung ohne Zuspätknahme der Berichte auszusprechen. Ihre Aufsichtsratsstätigkeit hat die Gläubiger verarmen gemacht, sie dürfen bei einer wirklichen Ueberwachung der Geschäfte des kleinen Instituts die Genüßung der großen Kredite an wenige Firmen nicht zulassen. In Berliner Bankkreise wird behauptet, daß schon seit längerer Zeit „wilde“ Geschäfte der Bonner Bank für Handel und Gewerbe beobachtet worden sind. Nach berühmten Mätern wird wahrscheinlich demnach der Aufsichtsrat versehen, daß ihm die Geschäftseigenschaften seines Instituts unbekannt gewesen sind.

Soziales.

— Eine Notstandsaktion eigener Art haben die Spinnen des sozialistischen Gemeinderates der Arbeiterstadt Mühlhausen im Elsaß eingeleitet. Zu der auf dem Rathaus erschienenen Deputation einer von über 400 Arbeitlosen besetzten öffentlichen Versammlung äußerte der städtische Beigeordnete für soziale und Arbeiterfragen, ein Demokrat, er werde in Sachen der Notstandsarbeiten im Gemeinderat wegen der schweren finanziellen Folgen „brennen“, und der städtische Beigeordnete für Bauangelegenheiten, ein Zentrumsmann, bestritt

unter Berufung auf die Entzogenen im städtischen Arbeitsnachweis den Umfang der Arbeitslosigkeit. Als darauf die Arbeitslosen sich massenhaft im städtischen Arbeitsnachweiskureau für die angeblich in Aussicht genommenen Notstandsarbeiten eingeordnet hätten, wies man sie dort dughenweise ab. Angesichts dieser offenkundigen Verhöhnung haben die Arbeitslosen mit dem Demonstrationsmittel der Straßenumzüge begonnen. Die dreifach herausfordernde Haltung der reaktionären bürgerlichen Stadtverwaltung ist zum so besprechenswerten, als vor einigen Monaten bei Gelegenheit eines offiziellen Empfanges des kaiserlichen Statthalters Grafen v. Welhel nach Mitteilung der gemeindebeständigen Neuen Mühl. Zeitung, gegenüber dem Bürgermeister der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, daß die nun wieder maßgebenden bürgerlichen Parteien die Gemeindeangelegenheiten im fortschrittlichen Sinne lenken und insbesondere den Arbeiterfragen ihre Fürsorge zuwenden würden.

Parteiadribrien.

Gegen das persönliche Regiment.

Die Verhandlungen des Reichstages über das Kaiser-Interventio sind im stenographischen Vorlesung im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Die 128 Seiten starke Broschüre wird an die Organisationen zum Preise von 30 Pfennig abgegeben, so daß eine Massenverbreitung ermöglicht ist.

Gleichzeitig sind zwei Flugblätter über das persönliche Regiment und die Reichstagsdebatten fertiggestellt und an die Bezirksorganisationen versandt.

Gewerkchaftliches.

Gewerkschaften. Die Versicherungsgesellschaft Victoria in Berlin trifft gegenüber ihren Angestellten Maßnahmen, die das Institut in einem merkwürdigen Dichte zeigen. Die Gesellschaft läßt nämlich die Angestellten auf ihren Gesundheitszustand untersuchen, um ihnen, falls das Gutachten des Arztes nicht günstig ausfällt, zu kündigen. Seit die ersten Mitteilungen über das Vorgehen der Victoria in die Öffentlichkeit gelangten, hat sich die Situation in dieser Angelegenheit für die Beamten noch erheblich brennender gestaltet. Die Victoria zwingt jetzt auch Angestellte, die zwölf Jahre und länger im Dienst der Gesellschaft stehen, sich untersuchen zu lassen. Eine Entlassung nach so langer Tätigkeit kommt einer Verurteilung zum Hungertode fast gleich. Solche Entlassungen sind möglich, da die Pensionseinstellungen der Victoria jeglichen Rücksichtspruch ausschließen. An dieser Möglichkeit wird durch die zeitweise Juridiknahme der Kündigung, die in einzelnen Fällen erfolgt ist, nichts geändert. Solchen Beamten kann natürlich später noch gefehlt werden, was ihre Situation nur verschlimmert. Die Victoria ist wirklich ein soziales Musterinstitut.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Es sieht das freie Versammlungsrecht aus.

Aus Anlaß der Stabverordnetenwahl hatten unsere Genossen in Gottesberg in Schlesien eine Wählerversammlung einberufen. Auf Verwehren von Magistratsmitgliedern war die Vergabe des Schulhausplatzes rüdgängig gemacht worden, so daß die Genossen beschloßen, die Versammlung im benachbarten Festschuppen stattfinden zu lassen. Die Versammlungsbesuche, die von der Saalgenleitung nicht wußten, erschienen in großer Scharen im Späthaus, und bald füllte sich der Saal. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung war ein Kommissar, zwei Gendarmen und drei Polizisten erschienen. Nachdem die Versammlungsbesucher die Mitteilung geworden, daß die Versammlung in Festschuppen stattfinden, setzten sie sich in Bewegung, um dort der Versammlung beizuwohnen, begleitet von den Polizisten und Gendarmen. Erstere leiteten an der Stadtgrenze nach, die Gendarmen folgten dem Zuge ins Versammlungshaus. Dort lösten sie rechtswidrig die Versammlung auf, da sie nicht angemeldet war. Die Veranstalter begaben sich darauf zum Ortsvorsteher, um dieser erklärte, er habe nur einen, nicht zwei Beamten zur Verfügung, und dieser habe keinen Auftrag zur Ueberwachung und Auflösung erhalten. Die Beamten hatten also weder sachlich noch persönlich ein Recht zur Ueberwachung.

Nach Bekanntmachung dieser Erklärung verließen die Gendarmen das Lokal, und die Versammlung nahm ihren Anfang. Der Referent, Genosse Dars, redete jedoch kaum fünf Minuten, als die Gendarmen wieder in Begleitung des Ortsgenarmen erschienen. Dieser bestätigte die Auflösung und forderte die Versammlungsbesucher unter Androhung von Gewalt und indem er seinen Revolver loderte, zum Verlassen des Saales auf. Der Einberufer rief in den Saal: „In einer halben Stunde findet in demselben Saale eine öffentliche Wählerversammlung statt.“ Nach dieser Erklärung leerte sich der Saal rasch, füllte sich jedoch bald wieder bis auf den letzten Platz. Nun konnte die Versammlung ungehindert und ohne Unterbrechung stattfinden.

Wegen Befehligung von Streikbrechern
hatte sich vor dem Schöffengericht in Offen der Pfleiseger Johann G. zu verantworten. Der Angeklagte hatte eine Streikbrecher etwas über die Wahrheit gesagt, was er nun mit drei Wochen Gefängnis (1) büßen muß. In der Verhandlung wurde u. a. festgestellt, daß ein Polizeikommissar den Streikbrechern erlaubt hatte, sich mit den Arbeitern zu beaufassen. Wegen der beiden Streikbrecher ist dies die fünfte Verurteilung aus dem letzten Offen Schöffengericht. Es sind noch wichtige Elemente, diese Herren Arbeitswilligen.

Im Arbeitswilligenklub. Die Streikbrecher stehen bei der Zulassung im Kurs. Vor dem Schöffengericht in Jüdisch hatte sich der Geschäftsführer des Tagelöhner-Verbandes, Genosse Braun, zu verantworten. Er soll gelegentlich der Ausperrung der Spätkarbeiter bei Landmann u. Hellwig in Jüdisch einen Arbeitswilligen beim Arm gefaßt und dabei drohende Aussetzungen gegen denselben ausgesprochen haben. Hierin wurde eine gewalttätige Abhaltung von freiwilliger Arbeit erlitten. Wegen dieser angeblichen Vergehen verhängte das Gericht acht Tage Gefängnis. Die Gegenbeweise des Angeklagten wurden abgewiesen, das Zeugnis des Arbeitswilligen (sowie einer Spinnmeisterfrau aber als allein glaubwürdig erachtet.

Die berechtigten Interessen der Streikenden. Wegen öffentlicher Beleidigung der Charlottenburger Polizei ist J. H. Langbein in Berlin der Metallarbeiter Otto Sande u. 100 M. Geldstrafe verurteilt worden. Auf seine Revision hoch dann das Reichsgericht als Urteil auf. Am 16. Mai d. J. sprach ihn dann das Landgericht frei, indem es ihm den Schutz des § 193 zubilligte. Im November 1906 freilassen die Arbeiter der Siemens-Sünderwerke in Charlottenburg. Ein Streikkomitee trat zusammen und berief eine Versammlung nach Berlin. An Stelle des verbotenen ersten Vorsitzenden referierte der Angeklagte, welcher zweiter Vorsitzender des örtlichen Verbandes der Metallarbeiter war. Aus einem ihm übergebenen Zettel machte er die Mitteilung, daß die Charlottenburger Polizei einige verhaftete Streikposten inhaftiert behandelt und mehrere Arbeiterinnen im Sinne der lex Heinze gekränkt hätten. Er knüpfte daran die Aufforderung, daß sich die betr. Mädchen, wenn sie anwesend seien, bei ihm melden möchten. Das Gericht hat nun zwar festgestellt, daß die Vorwürfe gegen die betr. Polizeibeamten unbegründet seien, aber dem Angeklagten zugute gehalten, daß er an die Wahrheit der Vorwürfe geglaubt habe. Da er beantragt war, die Interessen der Streikenden bei der Ausübung des Koalitionsrechtes zu vertreten, so konnte ihm der Schutz des § 193 zufließen, und er sei freizusprechen. — Hiergegen wendete sich die Revision des Staatsanwalts. Es habe sich gar nicht um das Koalitionsrecht gehandelt, sondern um vermeintliche Mißstände beim Transport von verhafteten Arbeitern. Solche Mißstände öffentlich zu rügen, habe der Angeklagte kein besonderes Recht gehabt, welches durch § 193 geschützt wäre. — Der Revisionsanwalt war ebenfalls der Meinung, daß der festgestellte Sachverhalt nicht die Folgen trage, welche das Gericht darans gezogen habe, und beantragte die Aufhebung des Urteils. — Das Reichsgericht verwarf jedoch die Revision des Staatsanwalts, da die Annahme, daß der Angeklagte in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, nicht auf Rechtsirrtum beruhe.

Aus dem Reiche.

Berlin. Die Frau des kürzlich verstorbenen Oberregierers am Hoftheater, Richard Ballentin, verstarb aus unbekanntem Grund bei ihrer Wohnung durch Öffnen der Gasöhne mit ihrem Kind das Leben zu nehmen. Das Kind befindet sich außer Gefahr, Frau Ballentin wurde in ein Krankenhaus gebracht.

Stettin. In Siegarten wurde ein Postkutschenführer von einem eierfressigen Gemann zu Tode geprügelt. Später stellte es sich heraus, daß der Verbreiter gar nicht betrogen gewesen ist, dem die Strafe des Erhängens galt.

Mattenshöhe. Bergarbeiterstrife. Auf der Höhe Engelsburg bewachten drei Bergleute verbotswidrig den Dremstorf. Der Storf ging zu Bruch und stürzte in die Tiefe. Alle drei waren sofort tot.

Bismarckhöhe. Vor den Augen des Vaters brach auf der Bismarckhöhe des Mathildebüchens der 15jährige Sohn des Kaufmanns Hohenberger ein und verfiel unter dem Eise. Die Leiche ist bereits geborgen.

Verantwortlich für den politischen Teil H. Z. Biele, für Feuilleton, Reich und Provinz E. Baumig, für Gerichtliches O. Bröcklich, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Besbewährte gesunde magen-darmkranke **Kufeke** Nahrung für: sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.

Weinachts- Vorverkauf
Ausserordentlich vorteilhafte Angebote in sämtlichen Abteilungen des Etablissements.
Geschäftshaus
L. Lewin
Sämtliche garnierte Damen-Hüte sind im Preise ganz bedeutend herabgesetzt.
Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Freitag, den 27. November nachm. 4 Uhr im „Volkspark“

Öffentliche Arbeitslosen-Versammlung.

Tagesordnung:

„Das Massenelend als Folge der heutigen Staatsordnung.“

Referent: Stadtverordneter **Ad. Thiele.**

Die Arbeitslosen werden ersucht, **vollzählig** zu dieser Versammlung erscheinen zu wollen.

Kein Trinkzwang.

Der Einberufer. I. A.: M. Goldenberg, Harz 42/43.

Zeitz. Zeitz.

Freitag, den 27. November, abends 8 Uhr, in der „Zentralhalle“

grosser Lichtbilder-Vortrag

des Herrn **Laube-Zeitzig.**

Reisebilder aus Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Montenegro usw.

Caal-Öffnung 7 Uhr. Eintrittspreis 20 Pf.

Zu diesem sehr zeitgemäßen und interessanten Vortrage werden die Partei- und Gewerkschafts-

Gesellschaften zu zahlreichem Erscheinen eingeladen.

Karten sind gegen Vorzeigung des Mitglieds resp. Verbandsbuches bis Donnerstagabend in den Verkaufsstellen des Saalvereins, sowie bei den Genossen Dahler, Hergerdt, Kämpfe, Leopoldt und Windau zu haben.

Der Bildungsausschuss.

Abendkasse ändert nicht statt.

Kinder unter 12 Jahren keinen Zutritt.

Viel Geld

sparen Sie, wenn Sie Ihre Einkäufe bei Mitgliedern des Rabatt-Spar-Vereins machen.

Bisher sind nahezu

4 Millionen

Mark Rabatt bar durch unsere Geschäftsstelle Bankhaus **H. F. Lehmann** ausbezahlt worden.

Sein Luftschiff hat bestiegen
Vorgnügt Graf Zeppelin,
Um gradenwegs zu fliegen,
Bis nach dem Monde hin.
Und als er wieder runter
Gelangt mit sanftem Stoss,
Da fragte man ihn munter,
Was eigentlich dort los.

Da rief mit höchster Freude
Der Graf zur Gondel raus:
Dort kennen alle Leute
Sohn Wiebachs Schuhwarehaus.
Es kam zu mir gefahren
Der Mann im Mond und schrie:
„Von heut ab kann man kaufen
So billig wie noch nie.“

Um meiner Kundschaft wieder einmal Gelegenheit zu geben, billig zu kaufen, veranstalte vom 26. November bis 3. Dezember

Grosse Ausnahme-Tage.

Boxcall-Herrenstiefeln, God. Welt	sonst 12,50 jetzt Mk.	11,00
Boxcall-Herren-Schnür- und Schallentstiefeln	9,00	7,25
Ein Posten Box-Herren-Schnürstiefeln	7,75	6,50
Rindleder-Herren-Zugstiefeln	5,25	4,25
Rindleder-Herren-Zug- und Schnürschuhe 40-42, prima Qualität		3,00
Ein Posten zurückgesetzte Herrenstiefeln, prima Kalbleder, 40-41		4,00
Boxcall-Damenstiefeln, God. Welt	sonst 11,50 jetzt	9,50
Boxcall-Damenstiefeln, amerik. Façon	9,50	7,50
Ein Posten Box-Damenstiefeln		5,50
Ein Posten Damenstiefeln, prima Kalbleder, 36-38		3,50
Boxcall-Mädchen-Knopfstiefeln 31-34		4,25
Rossleder-Schnür- und Knopfstiefeln 27-32		2,50
Gummischuhe für Herren 3,75, Damen 2,50, Kinder 2,00 und 1,70 Mk.		

Garantie für jedes Paar.

Alle anderen Artikel ebenfalls bedeutend herabgesetzt.

Schuhwarenhaus **H. Wiebach**, nur Kl. Ulrichstr. 12.

Künstliche Zähne etc.

Spezialität: Schmerzloses Zahnziehen.
Zahlreiche Anerkennungen.

Halle a. S., obere Leipzigerstr. 37.
vis-à-vis Rotes Ross.

Aepfel

ausgezeichnete feinstes
Pfund 5 Pfennig
Bückerers Obsthandlung,
Witte Markt 50.

Willy Muder. Mersburg

Markt 18. u. l.

Puppen-Klinik.

Der vollständigen Genesung wegen bitten wir, uns die kleinen Patienten bald zuzuführen.

Halle S.,
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 89/91.

Naumburg-Weissenfels-Zeitz

Öffentliche Protest-Versammlungen

finden statt am

Sonntag d. 29. November in:

- Bergisdorf**, nachmittags 2 1/2 Uhr, Gasthof Kross.
- Rasberg**, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Schweizergarten.
- Behmsdorf**, nachmittags 2 1/2 Uhr, Gasthof zum Kronprinz.
- Kayna**, nachmittags 3 Uhr, Gasthof zum Weissen Ross.
- Droyssig**, nachmittags 3 Uhr, Gasthof zum deutschen Haus.
- Naumburg**, nachmittags 3 Uhr, Gasth. z. Schwarzen Adler.
- Weissenfels**, nachmittags 3 Uhr, im Volkshaus.
- Nissma**, nachmittags 3 Uhr, Gasthof zu Neupodorschau.
- Osterfeld**, nachmittags 3 Uhr, Gasthof zur Sonne.
- Teuchern**, nachmittags 3 Uhr, Gasthof in Sehortau.
- Luckenau**, nachmittags 3 Uhr, Gasthof Herzog.
- Falkenhain**, nachmittags 3 Uhr, Gasth. z. deutsoh. Kaiser.
- Wildschütz**, nachmittags 3 Uhr, Gasthof Teubner.
- Hohennölsen**, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn Schurz in Wählfz.
- Zipsendorf**, nachmittags 3 Uhr, Gasthof Bauhaak.
- Döbris**, nachmittags 3 Uhr, Gasthof Müller.
- Zeitz**, nachmittags 3 Uhr, in der Bürger-Erholung.
- Haynsburg**, nachmittags 1/4 Uhr, Gasthof Reichardt.
- Werschen**, nachmittags 4 Uhr, im Arbeiter-Kasino.
- Mannsdorf**, nachmittags 4 Uhr, Gasthof Weber.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
500 Millionen neue Steuern u. das persönliche Regiment.

Die Namen der Referenten werden noch bekannt gegeben.
Entree pro Person 10 Pf.
Die Vorstände der sozialdemokratischen Vereine.

Naumburg-Lichtbilder-Vorträge

des Herrn Meozon-Bredten.
Sonabend den 28. November im „Schwarzen Adler“ und am nachmittags 4 1/2 Uhr für Kinder: 105 Lichtbilder in 3 Abteilungen. U. a.: Naturwunder im Sonnenland und emigen Eise, „Wilhelm Tell“, Blumenmärchen, „Schneepfaffen“, „Lustige Geschichte“, Fiedelmann und Kiechel etc.
Abends 8 1/2 Uhr für Erwachsene:
„Die natürliche Schöpfung“.
Die Erde im Weltraum. — Unser Sonnensystem. — Die Kant-Laplacide Theorie und die heutige Forderung. — Werden des Lebens. — Die Urzeugung etc.
Einhalbstunden bei den Delegierten des Gewerkschafts-Kongresses, sowie im „Schwarzen Adler“, im Restaurant „Gute Quelle“ und Volks-Vereinigung, Kaufstraße 6.
Eintrittspreis für Erwachsene 20 Pf., für Kinder 10 Pf.
Sonntagabend ist eine halbe Stunde vor Beginn des Vortrags.

Holz-Schuhe Filz-Schuhe

sowie alle Sorten
Pantoffeln Pantoffelhölzer.
Für Wiederverkäufer durch eigene Gespanne frei Haus.
En gros. En detail.

Fr. Fricke

Halle a. S., Mansfelderstrasse 57.
Leistungsfähigste Fabrikation am Platze.

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren-Magazin

der **Vereinigt. Tischlermeister.**
Kleine Steinstraße 6,
empfehlen ihre Fabrikate zu festen und soliden Preisen.

Rindermilch frei ins Haus.

bekogen vom Stadigut Gimritz, pasteurisiert in trinkfertigen Einseilportionen. Bestellungen an die **Milchküche, Schmeerstraße 21** oder die Niederlagen:
Nikel, Werleburgstr. 3,
Planitz, Freimühlend. 20,
Konrad, Loritz 28,
Koepler, Reifritz 25,
Frenzel, Leopoldstr. 8 (Ede-Veifstr.)
Für Unentgeltliche erhaltliche Preisermäßigungen.

Hämorrhoiden! Hautausschläge! Magenleiden!

Kostenlos teils auch auf Wunsch jedem, welcher an Magen-, Verdauungs- und Stuhlbeschwerden, Hämorrhoiden, Flechten, etc. leidet, mit, wie zahlreiche Patienten von diesen lästigen Uebeln schnell und dauernd befreit wurden.
Krankenschwest. Wilhelmine Mainz S. 131, Immeranstr. 8.

Shollleder-Ausschnitt, Schuhmacher-Artikel.

F. Noah, Gr. Klausstr. 7.

Tafel-Mastgeflügel!

Pronto überall per Nachnahme:
1 Gämalgans oder 4-5 Enten, Rouladen oder Suppenhühner, jung u. fett, frisch geschlachtet, average per 10 Pf. - stark mit. 6.-
Frisch 2. Marquise, Dugast 17, pr. Wilsdorfs (Schleien).

Achtung!

30-35 Stück Christbäume liegen für Händler zum Verkauf bei **Albrecht Schöckert, Gumbachstr., Scherzstr.**

...war aber so unvorstellbar, keine Handhabe an Ort und Stelle zu liegen zu lassen. Diese wurden als einem Arbeiter gehörig erkannt. Der Entschluß war früher als dem Zuge bedientet gewesen und daher mit den örtlichen Verhältnissen vollständig genau vertraut. Er ist schon wiederholt wegen Diebstahls verurteilt. Er befindet sich in der Haft wegen Diebstahls. Er ist ein sehr gefährlicher Mensch, der sich bei jeder Gelegenheit zu verführen vermag. Die Strafkammer hat die Entscheidung von zwei Berufungsinstanzen, die von Landarbeitern auf einem Ackerfeld niedergelegt waren. Die Strafkammer erachtete ihn auch des Einbruchdiebstahls für schuldig und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre Gefängnis. Er erfuhr die Unmöglichkeit, die Strafe für den ihn fähigig schuldiggehabenen Einbruchdiebstahl nicht annehmen zu wollen.

Schöffengericht.

Nicht ganz richtig zu sein scheint ein heftiger Mauerer, der sich schon wiederholt als Kaminkehrer ausgegeben und als solcher junge Mädchen betrogen hat. Einmal während eines Besuchs in einem kleinen Laden, wo er sich aufhielt, wurde er von einem jungen Mädchen an ihm mit dem Namen, es möchte sich hier in Halle ja nicht nehmen, da hier viele Unfloten passieren. Dann wurde er wieder aufgerufen, um sich um die Sache zu kümmern. Das Mädchen ging natürlich nicht mit, aber der Mauerer wurde deshalb wegen ungesetzlicher Ausübung eines öffentlichen Amtes recht erheblich bestraft. Bei dem Vorverfahren hatte nun der uninnige Mensch dem Mädchen, das gegen ihn in dem Prozesse als Zeugin aufzutreten sollte, durch falsche Aussagen ein recht merkwürdiges Kompliment machen lassen. Er behauptete der einen Frau, daß er der Mann der anderen Frauen war, so ließ ihm das auch ihr, während er der anderen Frau sagte, am Tage der Verhandlung würden sie Mann seiner Partei. Dem Mädchen auf die Idee riefen und dann müßte das Mädchen daran glauben. Im Gerichtssaal soll sich der alberne Mensch auch am Tage des Termins vor der Behauptung des Mädchens umgeregelt haben. Der Mann, der eigentlich die Anklage gestellt wurde wegen Verführung zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Ungenannt G. & S. In einem kleinen Restaurant lehrten eines Abends nach 8 Uhr fünf Arbeiter und Schloßer ein, die dem Lokalhaber bereits fast angetrunken erschienen. Er verweigerte ihnen daher die Verabreichung von Getränken und forderte sie auf, sich zu entfernen. Die Abgehenden ließen sich schwer beleidigt von ihnen, ein Schloßer, ganz dem Worte logar ein Christe. Es entstand ein sehr sehr lautes Streitgespräch, die indes nur wenige Minuten währte. Die Eindringlinge sollen mit Stühlen und Biergläsern um sich geworfen haben. Der Wirt brachte sie aber mit Hilfe mehrerer Leute bald aus seinem Lokale hinaus. Einer der Einsiedlerbedürftigen mußte logar mit blühendem Kopfe abgehen. Infolge des heftigen Streites wurden die Angehörigen der öffentlichen Gesundheitsbehörde und gemeindefähiger Gesundheitsbehörden angefragt worden. Vor dem Schöffengericht behaupteten drei der Angeklagten, sofort nach der Aufforderung des Wirtes das Lokal verlassen und sich an der Schlägerei nicht beteiligt zu haben. Die übrigen berichteten, nicht sie hätten mißhandelt, sondern sie seien vielmehr selbst mißhandelt worden. Der Ankläger beantragte gegen sämtliche fünf Angeklagte die ermittelte Strafe von je einem Monat Gefängnis. Das Gericht konnte jedoch bei der Unklarheit der Zeugenaussagen lediglich die Mißhandlung des Wirtes durch den Schloßer für hinreichend erwiesen halten. Es bestrafte deshalb diesen mit acht Tagen Gefängnis und sprach die übrigen Angeklagten mangels ausreichenden Beweises frei.

Soziale Katastrophen und der Minister v. Rheinbaben.

Die Unfähigkeit der Bureaucratie wird durch die Finanzlage des Reiches drastisch beleuchtet. Sitten wirkliche Staatsmänner die Leitung der großen Bundesstaaten und des Reiches in Händen gehabt, dann wäre der blamable Zustand, in dem sich die Finanzen befinden, einfach unmöglich gewesen. Proben dieser Unfähigkeit liefern die Minister so oft sie genötigt sind, einmal den Schieber zu listen. Wie der Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 31. Oktober und die Rede des Herrn v. Biberfeld-Wächter über das Kaiserinterview die Zustände im Auswärtigen Amt groll beleuchteten, so gestattete die Rede des Herrn von Rheinbaben vom Sonnabend einen Einblick in das Getriebe der preussischen Finanzverwaltung. Rheinbaben wollte Mitteilung machen über die Zusammenlegung der letzten Zeit. Er begann mit dem Minister v. Rheinbaben unterrichtet sein konnte, als der preussische Finanzminister. Denn der preussische Staat ist nicht nur der größte Unternehmer in Deutschland, sondern der größte Unternehmer der ganzen Welt. In Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Industrie und Verkehr beschäftigt er fast eine Million Arbeiter, in den Domänen- und Forstverwaltungen mehr als 140.000, bei den Eisenbahnen mehr als 300.000. Hier kommen in den Werftstätten alle möglichen Gewerbe in Betracht. Am Bergbau sind allein in den Steinkohlenbergwerken des Saarreviers 49.000 Arbeiter beschäftigt. Der preussische Staat hat außerdem Steinkohlenbergwerke in Schlefien und im Ruhrbezirk. Der Staat hat umfangreiche Kohlenbergbau und zahlreiche Gattinbetriebe. Rund 40.000 Arbeiter beschäftigt der preussische Staat in der Bauverwaltung. Annähernd eine Million Arbeiter aller Art dürften also in den Lohnstellen des preussischen Staates verzeichnet sein. Aus allen Verwaltungszweigen laufen die Abrechnungen im Finanzministerium zusammen. Es ist daher kein Wunsch in der Lage, so zuverlässige Mitteilungen über Bewegungen und Stand der Einnahmen zu haben, als der preussische Finanzminister. Er kann nur eine Schätzung abliefern, ihm aus den Lohnlisten der verschiedenen Verwaltungszweige eine Zusammenstellung zu machen. Daraus ziehen kann er dann noch die Beträge der Marine- und Militärausgaben, die Beträge der Kaiserlichen Werften in Wilhelmshafen, Kiel und Danzig, die Porzellanfabriken in Friedrichsdorf, die Kgl. Waffen- und Munitionsfabriken, die Kgl. Konversenfabriken, die Reichsdruckerei usw. Und wenn ihm dann in der Zusammenstellung noch Arbeiterkategorien fehlen, die in der Gewerbe- und Berufszählung mitgeführt sind, so braucht er sich nur an seinem Ministerium unterstellten Statistikausschusskommissionen zu wenden, die doch auf Grund des Einkommensteuergesetzes die Lohnlisten einfordern.

Der preussische Finanzminister kann also nicht nur, sondern müßte der bestunterrichtete Mann hinsichtlich der Lohnverhältnisse der Arbeiter sein. Am 7. Dezember 1905 bei den Steuerdebatten sagte er, daß wir keine zuverlässige Lohnstatistik haben, und es demnach wohl eher eine Schätzung ist, die wir benutzen. Das ist aber nicht das, was man erwarten sollte. Nicht das, was ausgerechnet, sondern was ausgerechnet ist, sollte der Finanzminister zur Grundlage seiner Ausführungen machen. Da richten wir an den preussischen Finanzminister die Frage: Weiß er nicht, wieviel der preussische Staat als Lohn für die verschiedenen Arbeiter bezahlt? Überall spricht er die Lohnsätze zu ermitteln; in der Rechnungsergebnisse der Berufsvereinigungen, in der Kalenderischen Korrespondenz, selbst in den Abrechnungen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, um aus der Höhe der Beiträge auf die Lohnhöhe der Vertragsarbeiter zu schließen.

Man muß also annehmen, daß der Minister noch nicht einmal die alten seines Reichs nachgehen hat, um sich daraus Rat zu holen. Da kommen wir nun zu der weiteren Frage: Warum stellt der Finanzminister die konkreten Zahlen über die Höhe der in Staats- und Reichsbetrieben Beschäftigten Arbeiter nicht mit?

Das er die Zahlen wirklich nicht kennt, läßt sich schmerz annehmen, einige Ziffern sind zu bekannt, als daß sie übersehen werden könnten. Die Bergarbeiter in den Kgl. Bergwerken des Saarreviers hatten a. S. 1891, als dort die Flammenlöse als Werk für 10.400 M. per Tonne verkauft wurde, einen Durchschnittserlösfuß von 1187 M. Im Jahre 1907 erhielt der Flammenlöse für eine Tonne Flammenlöse als Werk 12.800 M., und er gab an die Vergleiche einen Durchschnittserlösfuß von 1185 M., also mehr als 48 M. Das sind nicht 38, sondern nur 4,23 Proz. mehr als vor 16 Jahren. Die Preise der Kohlen sind aber in dieser Zeit um 23 Proz. gestiegen.

Wenn es ähnlich in allen Staatsbetrieben ausfällt, dann ist es begreiflich, daß der preussische Finanzminister lieber über die Höhe der Preise, die Käufer ausbezahlt hat, als über die Höhe, die der preussische Staat tatsächlich zahlt. Da der Finanzminister mit wahrer Leidenschaft die „armen“ reichen Leute gegen Mehrbelastung verteidigt, müßten wir doch einige Belege über die Zahlungsfähigkeit der Reichen bekommen. Belege, die dem Finanzminister auch nicht ganz unbekannt sein dürften. Wie die Vermögen der Reichen sein, geht aus der Veranlagung zur preussischen Ergänzungsteuer hervor. Alle Vermögen von 6000 M. und mehr werden mit 1/2 Proz. pro Mille zur Ergänzungsteuer veranlagt. Die Ergänzungsteuer brachte 1895 31.045.836 M. Es war also ein Vermögen von 62.091.672.000 M. 1907 brachte 1905 brachte die Ergänzungsteuer 40.288.720 M. Das veranlagte Vermögen betrug also 80.577.446.000 M. In elf Jahren sind also die Vermögen der Reichen in Preußen um 18.445.774.000 M. gestiegen. Wenn man hier von einige 100 Millionen als Reichsvermögen annehmen hätte, wäre die Vermögensanzunahme immer noch größer gewesen, als in früheren Zeiten.

Der Minister v. Rheinbaben will die Reichen schonen, aber den Armen will er es nehmen. Wie groß die Einnahmen der gegen Unfall versicherten Arbeiter sind, wird jetzt ja in den Rechnungsergebnissen der Berufsvereinigungen mitgeteilt. 1906, in dem Jahre der Prosperität, wurde an 8.825.500 Lohn Unfall versicherte gewährt. Arbeiter 7.720.015 061 M. Lohn gezahlt. Den höchsten Durchschnittslohn hatten die in den Rhein- und Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaften versicherten Arbeiter, die auf 1500 M. Jahreslohn kamen. Die Tabakarbeiter brachten auf 976 und die schlesischen Textilarbeiter auf 688 M. Jahreslohn.

Da die Steuerträger immer mit Durchschnittslohn rechnen, den Lohn des Versicherten dessen Angehörige leben. Das nach der Verursachung vom Jahre 1895 auf je sechs gewerbstätige Arbeiter sieben Angehörige kommen, so müssen von der Lohnsumme 8.429.443 Arbeiter und 9.648.000 Angehörige, also 18.127.000 Menschen leben. Zeit hat die Lohnsumme in gleiche Teile, dann hätte jeder 425 M. zu verdienen. Aber die Angehörigen werden doch nur von den Versicherten erhalten. Da nur 1/2 der gewerblichen Arbeiter versichert sind, wird für die Versicherten und deren Angehörige kaum 350 M. pro Kopf entfallen. Mit durchschnittlich 1 M. pro Kopf und Tag für die versicherten gewerbliche Arbeiter, Miete und Steuern zahlen, Kleidung, Heizung und Nahrungsmittel anschaffen. Und doch sind die gewerblichen Arbeiter noch die Aristokraten der Arbeiterklasse. Die Landarbeiter und die nicht gegen Unfall versicherten Hausarbeiter haben noch erheblich geringere Einkommen. Auf die Zahlen dieser Armen hat es der preussische Finanzminister abgesehen. Er hat sich, wenn er kann es von den Arbeitern nehmen, weil Salmen ausgerechnet hat, bei den Arbeitslöhnen um 38 Proz. gestiegen sind. Wie hoch die im 98 Prozent gestiegenen Einnahmen sind, und wieviel dafür schon für Steuern und für die Arbeiter der Arbeiter schon abgenommen werden, darüber schweigt Herr v. Rheinbaben.

Aus dem Reich.

Wohngeld. Glückliche Rettung. Auf der Kruppischen Zeche „Sonneberg“ in Sorbus waren am Freitag zwei Vergleute verunglückt worden. Am Dienstag ist nur ein Leinwand, beide lebend und unverletzt zu bergen. Die beiden Verletzten Pöhlten und Nowak arbeiteten in einem etwa 90 m hohen Ueberbau, der stößig zu Grunde ging, wodurch beide Leute abgestürzt wurden. Da der Unfall sofort bemerkt worden war, konnten die Rettungsarbeiten mit aller Energie aufgenommen werden. Es mühten viele hundert Mann diese Leinwand zu heben, um sie an den Verletzten zu gelangen. Am Freitag erfolgte schließlich, nach einer Verhinderung mit den Verunglückten herbeizuführen. Heute früh wurden Pöhlten und Nowak, nachdem sie 90 Stunden in dem unterirdischen Gefängnis eingeschlossen waren, unverletzt aus Tageslicht gebracht. Beide sind familiendauer.

Ergebnisse. Dienstag nacht tobte in der Vorbes-Übung ein gewaltiger Sturm in der Stadt, Stärke 10. Aus der See blühende Brande, die einen entsetzlichen Schaden anrichteten, noch nie auf der See erlebt zu haben. Der gewaltige Sturz, der die Decks aller Schiffe überflutete, ist einen bei Helgoland, außerdem holländischen Segler los. Er wurde fortgetrieben, sein Schicksal ist unbekannt. In der Ebnung solidierten der dänische Schoner Dorothea und der deutsche Segler Vach; beide liefen schwer beschädigt hier ein. Der Westfries hat nachts hier ein sehr heftiges, das Vach hat unter Wasser unter Wasser. Mehrere Menschen wurden von der ganzen Nordsee und aus dem Kanal. Viele Schiffe sind verunglückt.

Geleit. Verunglückte Vergleute. Im Zufallschick der Kontorbrände sind an einem Wremswagen das Geleit, mittels dessen die Wagen befördert werden. Zwei Wagen ließen den Berg hinunter, erlitten zwei Wagenstöße und töten sie.

Vermischtes.

Stenbahnung. Von dem Dienstag früh von Troppau nach Schönbach (Schlesien-Schlesien) abgefahrenen Arbeiterzuge entgleiten infolge Reibens der Kupplung zwei Wagen. Hierbei wurden 35 Arbeiter meist leicht verletzt.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Der Allgemeine Konsumverein für Ergau und Angersbach hielt am Sonntag, den 23. November, im Saale des Hotels zur Burg seine 20. Jahresversammlung. Der Vorsitzende, Generalverwalter, sprach über den Verein, den die Genossenschaftliche Bewegung eine Krise zu überwinden, zuerst im Dezember die Austritte sämtlicher Beamten und folgte, die es zu sein glauben, dann im Januar den Brandstiftungen von rund 10.000 Mark, der allerdings von der Versicherungsgesellschaft gedeckt wurde, darauf die Beschlagnahme der Geschäftsbücher, aus denen die königliche Staatsanwaltschaft einen Anhalt zur Entdeckung des Brandstifters zu finden hoffte, leider vergeblich, und zuletzt die Beschlagnahme des Vereins seitens der Kriegerevidenz und des Reichsbankvereins. Die gesamte Verwaltung hatte zu zeigen, daß sie in allen Stadien gerecht war, daß sie es verstand, trotz aller widrigen Verhältnisse den Verein zu einem Institut zu machen, dem nunmehr alle Mitglieder volles Vertrauen entgegenbringen können. Sonnte doch auch der Verbandsvorstand Herr M. Pfing bei seiner Revision im August befähigen, daß im Verein jetzt gesunde Verhältnisse herrschen, die letztere bemerke man auch in der Generalversammlung selbst, der vor Eintritt in die Tagesordnung über die drohende Gefahr

konstatiert referiert wurde. Einmütig wurde die vom Vorsitzenden referierte, vom Verband mittelbefürwortete, Konsumvereins beschlossene Resolution angenommen und die Herbeiführung der beiden Resolutionen gegen die Erbschaftsteuer an das preussische Herren- und Abgeordnetenhaus beschlossen.

Die Tagesordnung war eine reiche. Nach dem Vortrag des Geschäftsberichts wurde dem Vorstand und Aufsichtsrat Entlassung erteilt und die Ausschüttung einer Dividende von 7 Prozent auf aus dem Geschäft entnommene Waren 8 Prozent auf die Bielefeldmarken, 3 Prozent auf die Bielefeldermarken und 3 Prozent auf Futtermarken beschlossen. Von den turnusmäßig auszuführenden Aufsichtsratsmitgliedern wurden zwei, die Herren Wehrendt und H. Pfingner, wieder, und Pfingner, erster durch drei, letzterer als Ersatz auf zwei Jahre. Der dritte Punkt war die Errichtung einer Sparg- und Sterbekasse, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde. Durch Erfolge soll den Mitgliedern Gelegenheit gegeben werden, ihre Lage durch eventuell großemweises Auffahren zu verbessern, sich vor allem ihren Kohlenbedarf im Voraus aufzusparen, so daß der Verein nicht mehr in die Lage kommt, für seine Mitglieder den Zinsverlust zu tragen. Ein Bild auf das Konto aufsehender Forderungen, das hauptsächlich aus Kohlenansprüchen besteht, wird die Verwaltung unterstützen. Wünschenswert ist es, daß die Mitglieder von der Sparendienstleistung, die am 1. April ins Leben tritt, recht ausgiebigen Gebrauch machen. Mit der Sterbekassendienstleistung vertritt die Verwaltung die Mut zu steuern, dergestalt, daß sie vier Klassen einrichtet. Beiträge zur Sterbekasse werden nicht erhoben. Den Grundhalt bildet ein vierjähriger Maximalbeitrag von 50-250 M. Danach berechnet beträgt das Sterbegeld für Kinder von Geburt bis 8 Jahre (Klasse 1) 2 Proz., für solche bis 14 Jahre (Klasse 2) 3 Proz., für solche bis zu 25 Jahren (Klasse 3) 4 Proz., und für Mitglieder und deren Ehegatten (Klasse 4) 6 Proz., also in letzterem Falle bei einem vorzüglichen Umlage von 250 M. würden 15 M. Sterbeunterstützung gewährt werden. Punkt 4 der Tagesordnung: Verlegung des Geschäftsjahres als am 30. Juni endigend, wurde abgelehnt und die Verwaltung bedeutet, den Antrag nächstes Jahr wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Ueber den 5. Punkt: Anträge der Mitglieder, konnte nicht verhandelt werden, da diese nicht satzungsgemäß eingebracht waren. — Die Bilanz wies an Mitteln auf: Reservenkonto 205.65 M., Barkassenkonto 1843 M., Kassenkonto 2228.4 M., Sparkassenkonto 295.25 M., Summa 28.091.71 M. Die Passiven betragen: Geschäftsausgaben 10.979.71 M., Referendats 317.85 M., Kautionen 1294.74 M., Kreditorenkonto 3760.42 M., Erbschaftsteuer 9648.89 M., Summa 28.091.71 M. Die Lasten betragen an Einnahmen und Gehälter 8604.92 M., Mieten 1868 M., Steuern 1101.91 M., Dierests 1245.38 M., Inventarabgrenzung 247.01 M. Der Bruttogehalt an Waren betrug 17.245 M. Die Referendatsgenossen 3682.48 M., Distanz 457.07 M., Gewinn der Feigerei 833.63 M. Wenn die Mitglieder die Wohnung des Geschäftsführers bezuziehen, alle ihre Bedürfnisse in u. i. im Verein einzulösen, und wenn eine für die Mitglieder unüberwindliche Maßnahme getroffen wird, sich darüber im Kontor Informationen holen, wird der Verein am Schluß des nächsten Jahres Kapitalrücklagen und gewinnbringender sein. Darum Mitgliedschaft faßt nur im Verein, es ist ja euer Eigentum.

Versammlungsberichte.

Fabrikarbeiter. Eine gut besuchte Versammlung fand am 21. November bei Raufsch statt, in welcher der Gauleiter E. Großmann-Gannover über Sozialjurisprudenz und Wirtschaftspraxis referierte. Nach dem Vortrag wurde durch allgemeinen Vergleich gezeigt, wie diese Kräfte sich auch hier am Orte bemerkbar gemacht hat. Am 1. Quartal 1907 hatten wir 17, im 2. Quartal 8, im 3. Quartal 4 und im 4. Quartal 19 Arbeiterlose; 1908 dagegen im 1. Quartal 41, im 2. Quartal 38, im 3. Quartal 42 und in den ersten beiden Wochen von 4. Quartal waren es schon 54 Arbeitslose. Geachtet wurden 1907 im ganzen 628.30 M., 1908 aber 2444.00 M. an Arbeitslosenunterstützung. Zu dem Raubdover Grundbesitz wurde die Besetzung vorläufig nichts aufzuweisen. An diesem Fall wird es nicht möglich sein, erst nach die anderen Schritte zu hören. Zu dem am 10. Januar 1909 vorzunehmenden Arbeitslosenentlastung soll sich jeder Kollege, der es irgend möglich machen kann, zur Verfügung stellen. Meldungen hierzu werden bei den Hilfskassen und im Bureau entgegengenommen. (Eing. 28. 11.)

Öffentliche Versammlungen. Am 21. und 23. November referierte unter Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Kunert in D. I. a. u. in D. I. a. u. — die für Östliche geplante Veranlagung müßte über des Totenlohnung wegen anders als bisher, die Schenkung der a. h. o. i. i. i. e und finanzielle Zusammenbruch im Reich. Die Dölarveranlagung war gut besucht, die Halberger überfüllt. Die nachstehende Resolution, die mit Begeisterung und einstimmig in beiden Versammlungen angenommen wurde, enthält den Hauptgedanken des Referats. Ihr Wortlaut ist der folgende:

„Die den materiellen Interessen der bestehenden und herbeizuführenden Klassen dienende, die Arbeitskräfte schwer beschämende und die Wirtschaftlichen bedenklichen, die Sozialpolitik des Deutschen Reiches führt zu ununterbrochen steigenden Ausgaben, deren Deckung bei dem jetzt geltenden Steuerstufen nicht zu erlangen ist.

Die Steuern des Reiches sind ungerecht und unvollständig. Durch die Höhe und Verbrauchsausgaben werden die ärmsten Klassen der Bevölkerung am härtesten getroffen. Dabei kommt nur ein geringer Bruchteil der Mähten, die die Steuern ausgeben, der Reichskasse. Den größten Teil der durch Getreide-, Fisch- und Fleischpreise, Garn-, Eisen- und andere sogenannte Schutzpreise auf Gebrauchsgegenstände der breiten Massen dem Volke abgenommenen Summen fließt in die Taschen der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, die nur eine verhältnismäßig geringe Steuerquote für die Reichskasse leisten. Gelunde Finanzverhältnisse können nur geschaffen werden, wenn die Ausgaben für Militär-, Marine und Kolonialverwaltung abgelehnt und die Steuern der Zahlungsfähigkeit der Steuerzahler angepaßt werden.

Die Veranlagung protestiert gegen die Erhöhung bereits bestehender, sowie die Einführung neuer Steuern auf Massenverbrauchsartikel.

Die Veranlagung fordert die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen Steuerposten, die den Massen der Bevölkerung zu Lasten werden. Die Besteuerung der Bevölkerung wird offen. Sie fordert die Einführung einer, jenenweis steigenden Reichseinkommen- und Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer durch Veranlagung aller größeren Erbschaften und Erhöhung der Steuerhöhen nach dem Umfang des Erbes und nach dem Grade der Verwandtschaft, insbesondere die erblichsteuerliche Veranlagung des Erbes für Ehegatten und Kinder.

Die Forderung, verhältnismäßige Sicherheit gegenüber dem übermächtigen und ununterworfenen persönlichen Regiment zu schaffen, ist jetzt leichter als früher zu verwirklichen, da der Reichstag es in der Hand hat — bis zur Gewährung konstitutioneller Garantien — die Mitarbeit an der Reichsfinanzreform zu verweigern nach dem Grundsatze: Dem Absolutismus keinen Raum und keinen Zwang.

Die heutige Veranlagung gibt ihrer Entrüstung Ausdruck

Der die Art, wie die Selbstbestimmung des Individuums gefördert werden. Sie fordert gegenüber der Selbstbestimmungs- und Selbstverwirklichung und zwar so, daß die Wahl der Behörden durch das Volk erfolgen und die Behörden für ihre Handlungen verantwortlich gemacht werden, daß die Einführung von Krieg und Frieden durch die Volksvertretung getroffen wird und alle internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichen Wege gelöst werden.

Als höchste Würdigung zur Durchführung der Selbstbestimmungs- und Verwirklichungsrechte fordert die Verammlung: Allgemeines, gleichberechtigtes Wahlrecht mit geheimem Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten, Reichsbürger ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen in Gemeinde, Kreis, Provinz und Staat.

Torgau, 20. November. (E. W.) Kranenlassen-Versammlung. In der am Montag hier stattgefundenen Versammlung v. O. S. Kranenlassen, in welcher die Wahlen des Vorstandes und der Vertreter feststanden, legte die vom Gewerkschaftsamt aufgestellte Liste. Im Anschluß hieran berichtete O. S. über den vierten allgemeinen Kranenlassenkongreß; er lenkte sich besonders auf die Forderungen, welche die Gewerkschaften, der Verband der Betriebsanwaltschaften und der Arbeitervereine an den Reform der Arbeitervereine stellen. Im Anschluß hieran berichtete O. S. über die Verhandlungen über ungleiche und nicht anfangende Behandlung von Seiten der Kantablen vor und nach der Erwartung aus, daß der neue Vorstand hier möge Remedur schaffen, damit sie vor Schäden bewahrt und auch anständig behandelt würden.

Das heutige Kreisblatt brachte in seiner Dienstagsnummer auch einmal einen Bericht über die Versammlung, nachdem es die Namen der Gewählten der Reihe nach aufzählte. Wahrscheinlich um den Herrn Arbeitgebern ein Werkblatt zu liefern, schreibt es über den Bericht des O. S. die, daß er auf Sachlichkeit keinen Anspruch machen könne, lediglich eine vom sozialdemokratischen Standpunkt ausgeübte Kritik wäre, welche die Redaktion glaubte, ihren Lesern vorzulegen zu dürfen. Was das Landvolkorgan unter sachlich versteht, davon geben die Meinungsberichte, die es liefert, den schlafenden Beweis, und es heißt dem Worte, das seine Hauptaufgabe darin erblickt, seine Leser über die Welt und das Volk zu unterrichten, daß es nicht so viel Ehre erweisen, wollte man sich mit ihm auseinandersetzen, was sachlich und nicht sachlich ist. Doch eine Frage gefaltet wie uns: Weshalb unterläßt es seinen Lesern die Meinungen, welche die Mitglieder über die eigenmächtige und inhumane Behandlung, welcher sie durch den Vorstand ausgesetzt sind, in der Versammlung machten? Wahrscheinlich, weil es einer der feinsten ist, das braucht dann die Öffentlichkeit nicht zu wissen! Wehe aber denjenigen, der sozialdemokratisch noch unangebracht ist, das Gelehrte über Terrorismus und Mikrowirtschaft wäre ein großes. So aber schließt es, obwohl die Mitglieder durch wahre Stimme von Besatz besetzt waren, und wahrscheinlich, als aus dem Organ alle getrieben, Reunig ablesen, daß der jegliche Vorstand keine Sympathie unter den Mitgliedern besitzt! Das ist Kreisblatt-Schönheit, und damit überlassen wir das Urteil über die Versammlung selbst. Geht es doch in die Hände seiner Organe, die schon den Kongreß als sozialdemokratisch bezeichnen, was gleichfalls einen eigenartigen Begriff liefert über Sachlichkeit.

Versammlung des Bildungsausschusses. In der am 20. d. M. in der Zentralhalle in Reiz stattgefundenen öffentlichen Versammlung referierte Genosse Däumig-Halle über die Bildungsbestrebungen der organisierten Arbeiterchaft. Leider war diese so wichtige Versammlung sehr schwach besucht und haben sich die abwesenden Genossen selbst um ein schönes Gedenkbuch besorgt. Ausgehend davon, daß die Bildung nicht Selbstzweck sein, sondern lediglich ein Mittel zur Menschheit werden muß, müssen auch die Truppen in der Arbeiterbewegung mehr durchgebildet werden, um den Klassenkampf des Proletariats zielbewußt und einheitlich führen zu können.

Rebner behandelt dann ausführlich das Bildungsweesen der verschiedenen Gesellschaften der Zeit des Imperialismus ausgehend bis auf heutige Tage. Die Klassenbildung, die mit der Einführung des Privatigentums an den Produktionsmitteln gleichzeitig aufgekomen ist, hat sich trotz der verschiedenartigen Umwandlung der Gesellschaften bis heute erhalten.

Die emporkommenden Geister des Mittelalters, wie Walter von der Vogelweide und Wolfram von Eschenbach, hinter Hans Sachs und Albrecht Dürer; alles Vertreter der Kunst und Bildung, konnten alle nicht die Ebene der Klassenbildung durchbrechen.

Rebner schildert dann die Zeit des 19. Jahrhunderts, wozu Deutschland um zwei Jahrhunderte in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zurückgerufen wurde. Das Aufkommen des Kapitalismus, die Enttöpfung der Industrie im 17. und 18. Jahrhundert, der jüngeren Generation nur das Notwendigste. Mit der Entwicklung der Industrie gebrauchte die Bourgeoisie Ausbeutungsmittel innerhalb der Arbeiterchaft, die schon etwas mehr Wissen befehlen müssen, man ist jedoch befreit, die Freiheiten der Volksherrschaft, soweit man überhaupt von einer solchen reden kann, auf das niedrigste Maß zu beschränken. Den Beweis liefert das neue Schulverpflichtungsgesetz in Preußen. Dem Volke soll die Religion erhalten bleiben, in Anstalten und Internaten erziehen erziehen werden. In den Volksschulen wird jetzt noch die biblische Schöpfungsgeschichte, ein Märchen, als Wahrheit gelehrt, während die Darwinische Entwicklungstheorie nur auf Sophisterei gelehrt wird. Dem Volke die Märchen und für die Höheren die rein naturalistische Lehre. Deshalb denken auch die herrschenden Klassen nicht daran, die Klassenbildung abzuschaffen.

Um nun die Arbeiter zu Klassenbewußten Kämpfern zu erziehen, müssen die Bildungsbestrebungen der Arbeiter einen bestimmten Charakter tragen. Auch von bürgerlicher Seite werden ja Bildungsbestrebungen angeregt; Volkshochschulen, Volkshochkulturen usw., aber alle diese Einrichtungen klären den Arbeiter nicht über seine Klassenlage auf; derartige hält man fern von den Arbeitern.

Rebner schildert die Entstehung dieser Arbeiterbildungsvereine bis auf die heutigen Gewerkschaften und die sozialistische Bewegung. Die neu gegründeten Bildungsausschüsse der organisierten Arbeiterchaft, welche den Zentral-Bildungsausschüssen antworten, müssen nach einheitlichen Gesichtspunkten arbeiten, wenn etwas erreicht werden soll. Die Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus sei die Hauptaufgabe der Bildungsausschüsse. Durch Vorträge und Unterrichtsstunden, systematisches Ausbauen der Bibliotheken muß den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden zur weiteren Ausbildung.

Rebner geht dann auf die Vereinsarbeit, sowie das Diktatentum innerhalb der Arbeiterchaft. Gerade die schätzbaren Leberreste der bürgerlichen Kunst: Gassenhauer usw. bietet man bei Veranstaltungen an. Hierin muß unbedingt Wandel geschaffen werden, und dieses kann nur durch die emporkommende Arbeiterchaft selbst geschehen. Durch sorgfältige Auswahl der Theaterstücke muß der Arbeiterchaft die dramatische Kunst durch die besten Werke veranschaulicht werden, sowie durch Gemäldeaufstellungen den Schönheitsinstinkt heben. Die Kunst und Wissenschaft, die Schönheiten zu erheben, muß Aufgabe der modernen Arbeiterchaft sein. J. W.

Der Sozialdemokratische Verein Ranna hielt am 18. November im Weihen Hof eine öffentliche Versammlung ab, in der Genosse Bindau-Beiz über den Kampf um die politische Macht sprach. Vor Eintritt in die Tagesordnung erörtere die Versammlung die Vermögensfragen der Reich-Partei durch Erheben von den Wägen. Der Vortrag wurde bei der Versammlung großen Beifall. Im Verzeichnis wurde beschlossen, alle 14 Tage Diskussionsabende abzuhalten. Eine lebhafte Debatte entspann sich auch in der Agitationsfrage, ebenso wurde über die Genossenschaftsfrage scharf debattiert. Mit einem Gruß auf die internationale Sozialdemokratie wurde dann die Versammlung geschlossen.

Briefkasten der Redaktion.
V. Steben. Vom Krankengeld hat der Arbeitergeber ein Drittel, vor der Invalidenrente die Hälfte zu fragen.
S. E. Comine. Ist zu hoffen, daß der Lehrer Selbstmord verübt? Bitte um nähere Mitteilung.
D. S. Bettwell. Die Nummern sind nicht mehr zu haben. Eine solche Brochüre ist nicht erschienen.
S. 100. Weihenfels. 1. Nein. 2. Wenn Sie dazu gestungen werden, ja. Die Höhe des Einkommens hat damit nichts zu tun.
S. S. Böden. Nein, das ist unzulässig.
S. 20. Sie haben Anträge auf volle Unterstützung, anderenfalls können Sie bei der verschiedenen Arbeitsbehörde, d. h. der Magistrat, Beschwerde einreichen. Ein Antrag muß Ihnen aus-

gehängt werden. Bei Erhöhung der Invalidenrente müssen Sie bei der zuständigen Militärbehörde Antrag stellen.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Berlin, 26. November. Die agrarische D. Ztg. stimmt einem Artikel der Westzeitg. zu, der sich gegen die Gas- und Elektrizitätssteuer auspricht und an ihrer Stelle eine Steuer auf Achen und Wasserkraft empfiehlt.

Berlin, 26. November. Die Kreuzzeitg. eifert heftig gegen Erlaß eines Reichsberggesetzes und die Einhebung von Arbeiterkontrollen in den Grubenbetrieben.

Kranfurt a. M., 26. November. In Wibel war Genosse Krenkum zum zweiten Bürgermeister gewählt worden. Die Regierung hat ihn nicht bestätigt, weil er Sozialdemokrat sei.

Rom Vallen. Wien, 26. November. Die von Ausland hierher gefandene Note über das Programm der Ballfestsänger befindet sich nicht und erfordert weitere Aussprache.

Konstantinopel, 26. November. Die Abreise des österreichischen Botschafters soll Freitag erfolgen und ist zurückzuführen auf den zunehmenden Wohlstand österreichischer Waren.

Letzte Nachrichten.

Rom, 26. November. Hier und in den meisten anderen Städten Italiens, namentlich in den Universitätsstädten, ist es zu sehr lebhaften Demonstrationen gekommen wegen der Behandlung italienischer Studenten in Wien. Der österreichische Botschafter hier wurde ausgepiffen.

Newyork, 26. November. Ein Tornado richtete im Nordwesten von Arkansas furchtbare Verheerungen an. Auf einer Strecke von 100 km wurde alles glatt weggefegt. Häuser, Bäume und Feldfrüchte wurden dem Erdboden gleichgemacht. Der Schaden ist enorm.

Versammlungs-Anzeiger.

Im Interentell der heutigen Nummer werden folgende Versammlungen veröffentlicht:

- Halle: Arbeitlosen-Versammlung, Freitag, 27. Nov. Metallarbeiter, Mitgliederversammlung am Freitag, 27. Nov., fällt aus.
- Halle: Bergarbeiter, Sonntag, 28. November.
- Nürnberg: Weihenfels-Fei: Protestversammlungen, Sonntag, 28. Nov.
- Nürnberg a. S.: Lichtbilder-Vorträge, Sonntag, 28. Nov. Kranenlassenverband, Vortrag, Freitag, 4. Dezember.
- Reiz: Gewerkschaftsversammlung, Donnerstag, 26. Nov. Lichtbilder-Vortrag, Freitag, 27. Nov.
- Ranna: Bergarbeiter, Sonntag, 28. Nov. Eisenwärd: Metallarbeiter, Sonntag, 6. Dez. Leipzig: Wissenschaft, Vortrag, Dienstag, 6. Dezember. Wittenberg-Schweinitz: Öffentliche Versammlungen, Freitag, den 27. Nov. — Sonntag, 28. Nov.

Für die verunglückten Bergleute in Hamm resp. deren Hinterbliebenen:

Von den Lithographen, Steinrudern und Hilfsarbeitern Böhlsche Halle a. E. 20. — Markt. Reimand. Beiz. Gesammelt bei den Freien Radlern 10.20. Markt. A. Leopoldi.

Sprechstunde der Redaktion von 1/2 bis 1/2 Uhr.

Niemand merkt es, ob eine Speise oder ein Getränk mit Butter untereibt oder gebadet ist oder mit Valin. Aus dem einfachen Grund, weil Valin in den damit zubereiteten Speisen überhaupt nicht nachgeronnen werden kann, denn es ist vollkommen geschmack- und geruchlos. Das Fund kostet nur 70 Pfennige, was bei den enorm teuren Butterpreisen hier in die Waagschale fällt.

FrISCHE Ware!
Besonders empfehlenswert:
1a. Seelachs im Anschnitt Pfd. 28 Pf.
Bratschollen anßerst feinsch " 22 Pf.
Goldbarsch (Seezander) " 22 Pf.
Seehorch vorzüglicher Ra- und Brat-Bratsch " 45 Pf.
Doch-prim Seedorfch je nach Pfd. 25-35 Pf.
Alle weiteren Sorten zu billigsten Tagespreisen.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft
Telefon 1275. „Nordsee“ Telefon 1275.
Große Ulrichstraße 58.
Täglich — Eingang —
Vorträge: Lumpen, Anoden, Papier, Eisen
Bringe dieses Jahr zum ersten Male ein Christbaum zum Verkauf.
Albin Krietsch, Zetelien, Anger Nr. 6.
Die höchsten Preise für Weizen, Kupfer, Weizen, Zink, Lumpen sowie Glas u. Baumt sahlt S. Manasse, Tomplag 9, Telephon 274.
Nichts-Koffarien empfiehlt Volksbuchhandl. Sarz42/43.

Pilo
Das Beste unter den Schweißmitteln.
Verlangen Sie nur Pilo.
Vertreter u. Fabriklager F. K. Weise, Geisstr. 32.
Gasthof Schortau.
Sonntag den 20. November 1908:
Gr. humorist. Konzert u. Theater
ausgeführt vom Arbeiter-Gesangverein „Frohnsin“, Trebnitz.
Zur Aufführung gelangt u. a.: Das rote Gespenst, Schaubpiel in 1 Akt aus dem Volkskämpfe und Eine Märznacht, Epilode aus schwerer Zeit.
Um zahlreichen Besuch bittet Gelfert, Gastwirt.
Photographie Benckert.
Gegründet 1856. 29 Gr. Ulrichstr. 29. Gegründet 1856
Preise für
Glanzbilder: 12 Visit . . 3.— Mk. 12 Kabinet . 6.— " 12 Viktoria. 4.25 " 12 Kabinet . 3.— " 12 Viktoria. 5.75 "
in bekannt tadelloser Ausführung und Haltbarkeit.
Aufnahmen bei jeder Witterung. Abends bei elektrisch. Licht nach jedem, auch älterem Bilde, in vorzüglicher Ausführung zu billigsten Preisen.
Vergrößerungen

Anzüge
Serie I. Anz. 3 Mk.
" II " 5 " "
" III " 8 " "
" IV " 10 " "
Paletots
Serie I. Anz. 4 Mk.
" II " 5 " "
" III " 8 " "
" IV " 8 " "
" V " 10 " "
Ohne Anzahlung
gebe ab heute bis 30. November
Möbel auf Kredit
an Jedermann, der sich genügend legitimieren kann.
Deutschlands größtes Kreditunternehmen
N. Fuchs
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 58, I. u. II. u. III. Stg.
Komplette Ausstattungen
von 200—3000 Mk.
Bettstellen, Matratzen, Kleiderschränke, Tische, Stühle, Vertikows, Sofas, Ottomane, Spiegel, Trumeaus, Vorratsalotten, Küchenschränke, kompl. Küchen, Luxus-Möbel etc.
Damen-
Kostime Anz. 5 Mk.
Blusen " 2 "
Roben " 3 "
Jacketts " 4 "
Pelzkragen
von **2 Mark**
Anzahlung an.
Sämtliche Parteschriften empfiehlt die Selbstverlagung.

An diesem Schild sind die Läden erkennbar.



in denen der SINGER Nähmaschinen verkauft werden.

Mustergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch und Industrie.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
Leipziggerstrasse 20. Halle a. S., Geiststrasse 47.

Metallarbeiter

Unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung am Freitag, den 27. November, fällt zu gunsten der öffentlichen Versammlung am Donnerstag aus.

Die Orts-Verwaltung.

Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz

Öffentliche politische Versammlungen finden statt:

Wittenberg, am Freitag den 27. November abends 8 1/2 Uhr im Gasthof zum Kronprinz in S. A. Klein-Wittenberg.

Zahna, am Sonnabend d. 28. Novbr. abends 8 1/2 Uhr im Gasthof zum Kronprinz (Zahna).

Herzberg, am Sonntag den 29. November 1908 nachmittags 1/4 Uhr im Gasthof zum Eisenstrang.

Tagesordnung in allen Versammlungen:
Die gegenwärtige politische Lage und die neuen Eisenern. Referent in allen Versammlungen: **Rebaltier Frühlich-Gale.** S. A.: **Die Kreisleitung.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle **Elstertalwörda**.

Sonntag den 6. Dezember nachm. 3 1/2 Uhr im Gasthof „Zur guten Quelle“ in Elstertalwörda.

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wohl der gesamten Orts-Verwaltung. 2. Berichts-Angelegenheiten. Referent: Kollege Zernicke-Berlin. 3. Berichts-Angelegenheiten.

NB. Alle die in den zum Deutschen Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Elstertalwörda, gebirgen Ortsstellen nachstehenden Kollegen werden hierdurch dringend ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen, da nur in Elstertalwörda General-Versammlung stattfindet. Mit kollegialen Grüßen
Die Orts-Verwaltung. S. A.: Adolf Schöne.

Achtung! Bergarbeiter in Kayna. Achtung!

Sonntag den 29. November nachmittags 1/4 Uhr

Versammlung.

Der wichtigen Tagesordnung halber wird jedes Mitglied dringend ersucht, daselbst zu erscheinen. Also, wenn Sie es ernst meint mit Ihrer Sache, so kommt pünktlich zur Versammlung!
Die Orts-Verwaltung.

Zeitz. Zeitz.

Donnerstag den 26. Novbr., abds. 6 1/4 Uhr (also sofort nach Arbeitslohn) in der „**Reichshalle**“.

Öffentliche Gewerkschafts-Versammlung für alle in der Kinderwagenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung: Die Arbeitsverhältnisse in der Kinderwagen-Industrie. Referent: Kollege Otto Voss aus Halle. Kollegen und Kolleginnen, erscheint alle in dieser Versammlung.
— Eintritt frei. —

Delitzsch.

Dienstag den 1. Dezember im „**Lindenhof**“

gross. wissenschaftlicher Vortrag des bekannten Schriftstellers **Jul. Loderer-Rürnberg** über: „**Die Entwicklung der Menschheit nach Darwin.**“

Der Anhalt des Themas ist hochaktuell und laden wir daher alle Interessenten, Männer u. Frauen, dazu ein. Das Gewerkschafts-Karität-Verlag und für die Infanterie vornehmlich: **August Wrag.** — Druck der Halleischen Genossenschafts-Druckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: Hofrat W. Richards.

Donnerstag den 26. November: 7 1/2 Uhr. Uraufführung. 2. Viertel.

Sam 4. Titel:
In vollständig neuer Einleitung und Inszenierung nach dem Meister der ital. Hofoper in Berlin. Mit verhärtetem Orchester.

Aida.
Große Oper in 4 Akten von G. Verdi.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Freitag den 27. November: 7 1/2 Uhr. Uraufführung. ungünstig. 3. Viertel.

Benefiz-Vorstellung anlässlich des 26. jähr. Jubiläums von **Walter Sieg.**

Der Verschwender.
Aubermärchen mit Gesang und Tanz in 3 Akten (8 Bildern) von Ferdinand Raimund. Musik von Konradt Kreutzer. Im 4. Bild;
gr. Künstler-Konzert.

Apollo-Theater.
Direktion: Gust. Pöller.
Gastspiel des großen oberbayr. Bauerntheaters **Dir.: Michael Dangs.** Genie, Wittmoos, H. Hub.

Der Gewissenswurm.
Bauernkomödie m. Gesang und Tanz in vier Akten von Ludwig Anzengruber. Donnerstag, d. 26. Novbr. „**Sündige Liab**“.
Charaktergemälde aus dem Bauernleben. m. Ges. u. Tanz in 3 Akten v. S. Werner.

Naumburg a. S. Krankenkassen-Verband

Freitag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, im Restaurant **Lunkefischer (Speicher)**.

3. Vortrags-Abend des Herrn **Dr. Latowsky**, Spezialarzt für Kehlkopf- u. Hals, über: **„Kehlkopfkrankheiten“** (mit Berücksichtigung der Mandeln).
Zeremanni hat freien Zutritt (auch Damen).

Um zahlreiche Teilnahme der Krankentassen-Mitglieder bittet **Der Vorstand.**

Zeitz. Gasthof zum Löwen.

Freitag den 27. November **Kaffee-Kränzchen.**
Dazu ladet ergebenst ein **Julius Hofmann.**

Zeitz. Neumanns Restaur.

Sonnabend und Sonntag, den 28. u. 29. Novbr.: **Lustige oberbairische Dorfkränze.**
Nächst origin. Dekor. u. Musik.

Streikan! Weidau! Luckenau!
Wäpige zum Weidau u. Wäpigen im ang. bei Weiss in Weidau.

Kredit Paletots

gegen bar Mk. 15, auf Kredit Mk. 17
gegen bar Mk. 25, auf Kredit Mk. 24
gegen bar Mk. 31, auf Kredit Mk. 33
gegen bar Mk. 35, auf Kredit Mk. 41

Anzüge
gegen bar Mk. 16, auf Kredit Mk. 19
gegen bar Mk. 19, auf Kredit Mk. 21
gegen bar Mk. 25, auf Kredit Mk. 27
gegen bar Mk. 32, auf Kredit Mk. 34

Loden-Joppen
Damen-Konfektion.
Polzwaren,
Kleiderstoffe, Manufakturwaren.
Schuhe, Stiefel.
Federbetten.
Möbel, komplette Zimmer
in allen Preislagen vorrätig.

Passende Weihnachtsgeschenke:
Schreibtische, Sessel, Säulen, Serviertische, Etageren, Blüstenänder, Blumenkrippen, Paneelbretter, Bauernische, Nähnische, Flur-Garderoben, Teppiche, Tischdecken, Portieren etc.

L. Eichmann
Halle's ältestes u. grösstes Waren- u. Möbel-Haus,
Grasse Ulrichstrasse 51
Eingang Schulstrasse.
6 Läden in den Kaisersälen.

Walhalla-Theater.

Jeden Abend 8 Uhr
Spezialitäten-Vorstellung
I. Rangos.

Achtung! Teutscher! Achtung!

Sonntag, den 29. Nov., nachm. 3 Uhr, im Gasthof zur Fortuna

Grosse öffentliche Bergarbeit.-Versammlung.

Tagesordnung:
Die wirtschaftliche Krise und der Einfluss auf die Lage der Bergarbeiter. Ref.: **Herm. Weikens-Zeit.**
Um zahlreiche Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

Konsum- u. Bau-Verein für Mücheln u. Umg.

E. G. m. b. H.

Aktiva. Bilanz am 30. Juni 1908. Passiva.

an Cassa-Konto 189.74
Grundstücks-Konto 29 822.36

Per Mitglieder-Anteil-Konto 818.50
Sparpfaffen-Konto 10 000.00
Darlehens-Konto (Kreditoren) 19 018.15
Reservefonds-Konto 75.00
Dispositionsfonds-Konto 49.50
Grundstück-Verwaltungskonto 61.95

Sa. 30 012.10 Sa. 30 012.10

Mitglieder-Zusammensetzung.
Bestand der Mitglieder am 1. Juni 1907. 30 Mitglieder.
Im Laufe des Jahres neu beigetreten 0

Durch Austritt ausgeschieden. Sa. 30 Mitglieder.
1 Mitglied.

Bestand am 30. Juni 1908. Demnach 29 Mitglieder.
Die Zahlminder betrug am 1. Juli 1907 0
Vermehrte sich im Laufe des Jahres 0

Sa. 900.00 Mark.
30.00

Sie verringerte sich am Jahresabschluss um
Betrag demnach am 30. Juni 1908 870.00 Mark.
Der Vorstand: **Otto Kurth. Karl Geissler.**

Jeden Donnerstag
Ed. Lachseff.
F. Hani,
5. Vereinsstr. 13. Tel. 1660.

Zeitz. Restauration „Felsenkeller“.
Sonnabend den 28. November **Kaffee-Kränzchen.**
Dazu ladet freundlichst ein **Hermann Hofmann.**

Bricketts von vorzüglich. Güte.
1000 Stk. 18 Mk.
Pressstoff liefert frei Haus
Vertrieb d. **R. Weilmann,** Bernstr. 1708.

Konsumverein Meusekowitz,
e. G. m. b. H.

Wir eruchen hierdurch unsere geehrten Mitglieder, event. Vorstellungen auf **Stollen und Weihnachtsgänge** bis zum 8. Dezember bei den Lagerhaltern aufzugeben. S. S.

Uchtung.
Theissen. Tholsson.
Freies junges Mädchen, sehr feine schwarze u. Bräunliche, 17 Jahre alt, m. Schönebein, H. Weitzel, nur bestatet bei A. Greif.

Die Neue Zeit.
Wochenschrift
der **Deutschen Sozialdemokratie.**

Es sollte niemand veräumen, auf **Die Neue Zeit** zu abonnieren.

Vierteljahrs-Abonnement 3.25 Pf. Einzel-Nr. 25 Pf.

Bestellungen nehmen entgegen alle Ansträger und die **Volks-Buchhandlung,** Markt 42/43.

Mehrere Mädchen
ordentliche Arbeiterinnen, sowie für leichte Handarbeiten, sowie mehrere perfekte Wäckerinnen bei höchsten Löhnen für unsere Wäckererei gesucht.
Wenckhoff & Co., Geisstr. 19.

Sozialdemokr. Verein Droyssig.
Schnell u. unerwartet scheidet unter treuer Parteigenosse **Hermann Louthold** nach kurzem Krankenlager aus dem Leben. Wir bedauern in ihm einen überzeugt. Genossen. Ehre seinem Andenken!
Die Genossen werb. ersucht, sich dafür zu beteiligen. D. Vorstand.
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachm. 4 3/4 Uhr statt.

Ständesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd, Steinweg 2, 24. Nov.
Waisen: Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 46), Buchdrucker Weidig u. Ida Nannmann (Große Marktstr. 15), Müllerin Pauline u. Martha Schmidt (Kochstr. 18) und Liebenauerstr. 158). Arbeiter Ernst und Anna Weidig (Hallestr. 7), Handb. Stöbe und Julie Sacht (Halle und Leipzig), Konzertmeister Steinfort u. Ida Nannmann (Halle a. S. u. Halberst.), Waisenkindern Springsand und Emma Weidig (Hallestr. 7), Handb. Ernst und Babette Weidig (Hallestr. 10), Waisenkindern Ernst und Ida Nannmann (Hallestr. 10), Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 10), Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 10), Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 10).

Waisen: Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 46), Buchdrucker Weidig u. Ida Nannmann (Große Marktstr. 15), Müllerin Pauline u. Martha Schmidt (Kochstr. 18) und Liebenauerstr. 158). Arbeiter Ernst und Anna Weidig (Hallestr. 7), Handb. Ernst und Babette Weidig (Hallestr. 10), Waisenkindern Ernst und Ida Nannmann (Hallestr. 10), Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 10), Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 10), Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 10).

Waisen: Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 46), Buchdrucker Weidig u. Ida Nannmann (Große Marktstr. 15), Müllerin Pauline u. Martha Schmidt (Kochstr. 18) und Liebenauerstr. 158). Arbeiter Ernst und Anna Weidig (Hallestr. 7), Handb. Ernst und Babette Weidig (Hallestr. 10), Waisenkindern Ernst und Ida Nannmann (Hallestr. 10), Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 10), Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 10), Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 10).

Waisen: Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 46), Buchdrucker Weidig u. Ida Nannmann (Große Marktstr. 15), Müllerin Pauline u. Martha Schmidt (Kochstr. 18) und Liebenauerstr. 158). Arbeiter Ernst und Anna Weidig (Hallestr. 7), Handb. Ernst und Babette Weidig (Hallestr. 10), Waisenkindern Ernst und Ida Nannmann (Hallestr. 10), Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 10), Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 10), Arbeiter Hermann und Julie Sühndorf (Hallestr. 10).

2. Beilage zum Volksblatt.

Fr. 277.

Seite 2. 3., Donnerstag den 26. November 1908.

19. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

167. Sitzung. Dienstag, den 24. November, nachm. 1 Uhr.
Im Bundesrat: v. Bethmann-Hollweg, v. S.

Präsident Graf Stolberg teilt eine Beileidskundgebung der belgischen Reichstagskammer zu der Katastrophe zu Rabod mit, und schlägt vor, den Dank des Reichstags für die Teilnahme auszusprechen. (Leb. Beifall. — Die Abgeordneten haben sich von ihren Plätzen erhoben.)

Auf der Tagesordnung stehen Interpellationen des Zentrums und der Wirtschaftl. Vereinigung über das **Grubenunglück auf Zeche Rabod** und über die eventuellen Maßnahmen zur Verhütung solcher Unglücksfälle.

Die Interpellation des Zentrums begründet **Abg. Wieberg** (Zentr.): Die Katastrophe ist die größte, die wir in Deutschland wenigstens gehabt haben. Man hat zahlreiche Sammlungen für die Hinterbliebenen veranstaltet; die Arbeitgeber wünschen aber, daß bei der Verteilung der Hilfsgelder Arbeitervertreter hinzugezogen werden. — Ich möchte die Regierung fragen, ob die Solangezeit vor ihrer Ansetzung Ströben und Dauerarbeit geübt haben und die Vergütung der Hölle der einzelnen Bergarbeiter abzulassen sich war. Alle von mir gefragten Arbeitgeber haben geantwortet und sind bereit, es vor Gericht zu wiederholen, daß es wieder einmal an der nötigen Verteilung gefehlt habe. (Hört, hört!) Die Vertreterkontrollen wurde, wie behauptet wird, so neugierig ausgeübt, daß ich bereit, die Namen zu nennen, wenn der Bundesminister hier dieselben zu veröffentlichen will. Dem Abg. Feinert im preussischen Abgeordnetenhaus. Auch Steiger werden Angaben über mangelhafte Verteilung machen können. Erwarten Sie sich die Aussagen, so ist unter Duldung der Bergbehörde auf der Zeche Rabod mit Menschenleben gespielt worden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die geleisteten Bestimmungen über Doppelkontrollen werden umgangen. Gerade die Hinterbliebenen tragen die Lasten der Unglücksfälle. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein Hauptmangel ist die übermäßige Getrennung der Wanderarbeiter. Das unsoziale Verhalten der Arbeiter führt das alteingesessene Bergarbeiteramt immer mehr zurück und das Vereinsgesetz schwächt die Organisation der fremden Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Soz.) Feinert verlangt energisch Maßnahmen gegen das forsetzliche Verhalten, Mithiering der Arbeiter an der Kontrolle des Reichsbergamts, das um so nötiger sei, als die Bergarbeiter mit dem preussischen Landtag ihre schlechte Erfahrungen gemacht haben, sowie richtungsloses Vorgehen gegen die Schuldigen. (Bravo! im Zentr.)

Die Interpellation der Wirtschaftl. Vereinigung begründet

Abg. Mehrns (Wirtsch. Vg.): Nach dem Unglück von Courrières wurde uns gesagt, daß uns bei einer solchen Katastrophe bei Befolgung der bergpolizeilichen Vorschriften nicht nötig sei, gelastet die Katastrophe auf Zeche Rabod den Nachweis, daß die bergpolizeilichen Vorschriften dort nicht befolgt sind und es an der erforderlichen Aufsicht der Bergbehörde gefehlt hat. Es herrsche dort ein starker Arbeitermangel und die Bergbehörde bestand durchweg aus Rentnern. Die Aufsicht der Zeche ist mangelhaft gewesen, ebenso die Verteilung. Die Steiger waren aus Furcht vor Entlassung nicht auf Abfertigung der Witwen zu bringen und die Witwen hat nicht genügend kontrolliert. Für die ungenügende Durchführung des Bergarbeitergesetzes ist auch bezeichnend die gegenwärtige Sicher- in Glas-Verfahren, der nur die Durchführung der Sicherheitsvorschriften beschränkt. — Feinert weist sich gegen die schwarzen Zeilen und gegen das Kränzenhalten, verlangt aus geheimer, unabhängiger Arbeit hervorgehende Arbeiterkontrollen und ein Reichsbergamt. (Bravo! bei der Wirtsch. Vg. und im Zentr.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg gibt zunächst den Dank der Reichsregierung für die Sympathieäußerungen des Auslands aus. — Die technischen Fragen zu beantworten, muß dem preussischen Handelsminister vorbehalten bleiben. Ich werde die Interpellation beantworten, soweit sie Fragen allgemeiner Sozialpolitik betreffen. Die Fragen menschlicher Verschuldung wird ich hier nicht erörtern. Rückgewinnene Schuld wird ihre Säule finden. Hier steht in Frage, ob den Bergarbeitern ein erhöhter Schutz zu gewähren ist und ob zu dem Zweck ein Reichsbergamt geschaffen werden soll. Die Frage ist an sich unabhängig von der Katastrophe. Es ist menschlich begrifflich, daß auf der Unglücksstätte im Angesicht ihrer toten Kameraden die Bergarbeiter über ihren Betrieben der ihnen bei dem großen Streik von 1905 gemachten Versprechungen folgen. Die Erfüllung der Versprechungen hätte aber kaum die Verhütung jenes Unglücks zur Folge gehabt. Es hat sich bei dem Unglück zweifellos um elementare Kräfte gehandelt, die sich wohl nie ganz vermeiden lassen. — Von den schwerwiegenden Fragen, die jetzt aufgeworfen worden sind, steht die Frage der Arbeiterkontrollen oben an. Unter lebhafter Zustimmung des preussischen Abgeordnetenhaus hat der preussische Handelsminister dort ausgeführt, wie er diese Frage zu lösen gedenkt. Die Arbeiterkontrollen werden in dem einen oder anderen Umfang verlangt, wie sie in anderen jurisdiktiven werden. Ich habe den Eindruck, daß es sich bei den Gegnern der Institution um ein Prinzip handelt. Welcher haben sich in den Hüttenbetrieben die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern so unbillig gestaltet, daß die in seinen Betrieben leicht zu lösenden Fragen der Kontrolle, die sich dort eigentlich auszeichnen und von selbst ergeben, hier auf eine feste und organische, jede Willkür ausschließende Grundlage gestellt werden müssen.

Bei der Frage der Arbeiterkontrollen im Bergbau sind aber noch die besonderen bergbauischen Verhältnisse zu berücksichtigen. Der Natur des Bergbaus liegt eine ganz besondere

Schwierigkeit und Kompliziertheit der Kontrolle zugrunde. Wenn speziell autorisierte und vom Vertrauen ihrer Kameraden getragene Arbeiter mit der Beobachtung der Sicherheit der Bergbauarbeiten betraut werden, so kann von einer solchen mitunternehmlichen Beteiligung der Arbeiter das Ganze nur einen Vorteil ziehen. (Sehr richtig!) Freilich dürfen wir nicht übersehen, daß sich bei der Spannung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zunächst allerlei Reibungen und Zerwürfnisse ergeben werden. Inzwischen haben die preussischen Versuche im Saarrevier gezeigt, daß bezügliche Einrichtungen bei gegenseitigen guten Willen einleiten können. Guter Wille muß freilich auf beiden Seiten vorhanden sein. Die Förderung sollte daher nicht als politische und nicht als Machtprobe gefaßt werden und die organisatorische Einseitigkeit der Betriebsverhältnisse muß gemindert werden. — Nun zur Frage des Eingreifens der Reichsregierung. Wähler haben die verbündeten Regierungen, nicht bloß allein Preußen, auf dem Standpunkt gefunden, daß die Bergregelung den Einzelstaaten vorbehalten bleiben muß. Die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses steht auf demselben Standpunkt. Eine Minderheit freilich ist für reichsrechtliche Regelung. Die preussische Staatsregierung wird im Einklang mit dem Abgeordnetenhaus auf das sorgfältigste alle ermittelten gesetzlichen Maßnahmen prüfen und vornehmen, die Katastrophen wie die alljährliche Befugnis zu verhindern geeignet sind. Ich werde ferner den Ausbau der Bergregelung, den ich für notwendig halte, am Gegenstand von Verhandlungen aller daran interessierter Einzelstaaten machen. Wichtiger als die Frage, ob die sehr komplizierte Bergregelung reichsrechtlich oder landesrechtlich zu regeln ist, ist das Zusammenwirken von Reich und Einzelstaaten um Wohle der Bergarbeiter. (Leb. Beifall.)

Handelsminister Dr. Delbriick: Infolge der neuen Ergölzung ist der Gehaltsabgefert. Die Vergütung der Zeichen kann nicht eher gestattet werden, als bis die Gefahr für die Bergungsmaschinen ausgeschlossen ist. Auf Grund der bisherigen Vereinbarung ist es gestellt worden, daß es an jenem Montag von 9 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags an Wasser gefehlt hat, infolge Einwirkens der Wasserleitung über Tage. Nun bringen stimmen die Auslagen. Eine weitere Erhöhung über die bisherige Höhe ist nicht beabsichtigt, die Vorrichtungen über die Stärke der Belegmannschaft nicht befolgt seien, hat bis jetzt noch nicht erfolgen können. Der Minister polemisiert lobend die Mitteilungen des Abg. Feinert im preussischen Abgeordnetenhaus. Die vom Bundesrat behaupteten Mängel bei der Zimmerung und beim Verriegeln sind durch die protokollierte Vernehmung einer Reihe von Aufsichtsbekannt nicht bestätigt worden. Ich nehme jedoch an, daß die Zeugen, die Herr Feinert mit namhaft gemacht hat, auch über diesen Punkt vernehmen werden. Vor Ablauf der Untersuchung müssen wir uns jeder Kritik über diese Frage enthalten. Ob die Bergbeamten der Zeche den Vorrichtungen unzureichende Leute zu Schichtleitern ernannt haben, wird unterrichtet werden. Der Zusammenhang zwischen Ueber- und Nebenrichtern und dem Unglück erscheint mir zweifelhaft. Ob bei Warten an Nebenrichtern übersehen worden ist, wird gerührt werden. — Es ist zu betonen, daß mit dem Wärmemengen unbedingt ein so hohes Ausmaß der Arbeiter verbunden ist. Das Jedemvermehren einen Mann entfallen, weil er seiner staatsbürgerlichen Pflichten genügt, vermag ich nicht zu glauben. (Leb. Widerspruch bei den Soz.) Wenn Sie (zu den Soz.) Recht haben, werden die Zeuge auf falschen Angaben beruhen. Ich verweise allen Zeugen den Schutz, den ich den Gehern der Bergverwaltung habe nicht das geringste Interesse daran, die Schuldigen vor Strafe zu bewahren. Aber ich kann auch nicht, wenn es auch beuam wäre, Unschuldige zu Sündenböcken humpeln. Die Katastrophe wird Anlaß zu einem erneuten Studium der Schlagnetzeverordnungsfrage geben. Da fällige amtliche Kontrollen unmöglich ist, muß das Verantwortungsbewußtsein der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber gefördert werden. Darum habe ich den Ausbau der Grubenkontrolle in der Weise vorgeschlagen, wie sie in den fiskalischen Gruben des Saarreviers eingerichtet ist. Diese Mitbeteiligung der Arbeiter an der Grubenkontrolle liegt im wirtschaftlichen und sozialen sowie im allgemeinen nationalen Interesse. (Beifall rechts.)

Auf Antrag Graf **Soupey** wird **Besprechung** der Interpellation beschlossen.

Abg. Dr. Ojann (natlib.): Wir wünschen strenge Untersuchung, aber keine beiseitigen Behauptungen. Wir ist beherzigt werden, daß genügend Beweismittel vorhanden war. Vor der Katastrophe hat auch die sozialdemokratische Presse nicht über Mithiering auf Zeche Rabod gelaugt. (Zuruf bei den Soz.) Unbeseitigte Behauptung der Frankfurter Zeitung! In Bezug auf Arbeiterwohnungen hat die Zeche Rabod Vorzügliches geleistet. Die Arbeitgeber selbst treten in umfangreichem Maße für Arbeiterwohl ein. — Im Gegensatz zu der national-liberalen Partei im Abgeordnetenhaus ist die national-liberale Reichsfraktion bereit für ein Reichsbergamt. Wir wünschen geheim gehaltene Arbeiterkontrollen. Die unbillige Verurteilung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften (Sehr richtig! bei den Natlib., Wochen bei den Soz.) macht leider ein Zusammengehen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch in technischen Fragen unmöglich. Die Sozialdemokratie schadet das Unglück parteipolitisch aus. Wir fordern eine große Rolle von 25 000 Arbeiter, welche, falls der Verband nicht, daß sie nicht viel, denn seine Mittel betrage 16½ Millionen. (Sehr richtig! bei den Soz., Unruhe rechts.) Trotz dieser gefälligen Angriffe müssen Arbeitgeber und Behörden mit dem Arbeiterschutz fortfahren. (Bravo! bei den Natlib.)

Abg. S. u. (Soz.): Wir freuen uns, daß die Reichsregierung sich nicht wieder, wie bei der Borussia-Interpellation, hinter Formalitäten zurückgezogen hat. — Ich hoffe, Herr Ojann

durch meine heutige Rede zu überzeugen, daß wir diese Katastrophe keineswegs einseitig beurteilen. Wenn die Bergarbeiter des Herrn Ojann im preussischen Bergbau 1905 auch nur wenigstens die urchwägenige Bergarbeiterkontrollen angenommen hätten, so wäre doch schon einiges im Bergarbeiter selbst. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Warum soll eine solche Katastrophe nicht Anlaß zu geeigneteren Maßnahmen geben? Sind doch die Seemänner aus Veranlassung einer Schiffskatastrophe erachtet worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Herr Delbriick hat gegenüber meinem Freunde keinert im preussischen Abgeordnetenhaus bemerkt: Wer nicht mitteilt, die Wahrheit zu ergründen, macht sich mitschuldig. Damit hat der Minister das Verdammungsurteil über sich selbst und über die ganze Bergverwaltung ausgesprochen. Bei der Borussia-Katastrophe haben der Bergarbeiterverband, das Organ der Bergarbeiter, Hans-Ludwig, Schönteufel und ich in erbittert gemacht. Zeugen zu nennen; Herr Delbriick war schon Minister. Er hat aber nicht eine Zeile an uns geschrieben, um die angebotene Aufklärung zu erlangen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Mit seiner Erklärung im Abgeordnetenhaus hat er sich somit als mitschuldig an den Bergarbeitern erklärt. (Unruhe rechts.)

Ich bringe Tatsachen vor, die ich jederzeit auch außerhalb des Hauses beweisen kann. (Wg. Arendt: Wal! Wal! Sie haben nach dem Borussia-unglück mein Material in offener Bergarbeiterversammlung, also nicht unter dem Schutze der Immunität, vorgelesen, habe gelesen, mich zu vernehmen, ermittel, anzufragen, nicht ist darauf erfolgt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Damit ist wohl das „Wal! Wal!“ des Herrn Arendt erledigt. Der Minister sagte, man müsse die Untersuchung abwarten. Er selbst hat nicht darauf geachtet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Er hat dem Brünen Eitel Friedrich gegenüber die Unschuld der Seemannschaft bezeugt und sich in einer Reihe von Besprechungen, die von der gesamten Bergverwaltung nur als beschränkte Befriedigung der Beamten und Arbeiter, die noch da unterworfen, aufgeführt werden konnte. (Große Unruhe b. d. Natlib. und rechts.) Kommen Sie nur ins Bergrevier und hören Sie, wie dort die Bevölkerung urteilt. — Wir kennen es ja. — Als die Kammer nach dem Schacht der Zeche Borussia schloß, wurde der Seemannschaft schon ihre Unschuld bescheinigt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch jetzt hat schon wieder der Oberbergamt Wehner gesagt: Wir haben eine ganze Anzahl Aussagen von Arbeitern, die alle relativ günstig für die Seemannschaft lauten. Das ist doch ganz merkwürdig. Die untere Partei fernstehenden Kollegen Wieberg und Mehrns, doch nicht nicht herrliche. Herr Prütz im Abgeordnetenhaus, das Organ der Gruben-Unterführer und das Organ der drücklichen Bergarbeiter, sie alle sprechen sich in einem ganz anderen Sinne aus, als die Zeugen von denen der Minister und Herr Wehner sprechen. Das Organ des Christlichen Bergarbeiterverbandes (Freiburg) der Staub konnte nicht niedergelegt werden, weil Wasser fehlte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Zum ersten Mal in der Geschichte des Bergbaus haben sich auch die Steiger, die ihre Verfassungen mit dem Kaiserhof zu eröffnen pflegen, richtunglos auf die Seite der Arbeiter gestellt. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Bei diesem ganzen Unglück ist es noch ein Glück, daß die Katastrophe nicht in Saarrevier stattgefunden hat. Im Ruhrrevier werden wir so viele Zeugen anführen, daß die Anschuldigungen von dem Bundesmaterial erdrückt werden. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.) Man tritt sich, wenn man meint, eine spätere Untersuchung könne die Ursachen der Katastrophe feststellen. Wir wissen, daß Explosion auf Explosion in der Grube erfolgt ist, später wird es ganz unmöglich sein, festzustellen, wie der Unfall wirklich herbeigeführt wurde. Ich verweise alle Zeugen des Ortes, den ich den Gehern der Bergverwaltung habe nicht das geringste Interesse daran, die Schuldigen vor Strafe zu bewahren. Aber ich kann auch nicht, wenn es auch beuam wäre, Unschuldige zu Sündenböcken humpeln. Die Katastrophe wird Anlaß zu einem erneuten Studium der Schlagnetzeverordnungsfrage geben. Da fällige amtliche Kontrollen unmöglich ist, muß das Verantwortungsbewußtsein der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber gefördert werden. Darum habe ich den Ausbau der Grubenkontrolle in der Weise vorgeschlagen, wie sie in den fiskalischen Gruben des Saarreviers eingerichtet ist. Diese Mitbeteiligung der Arbeiter an der Grubenkontrolle liegt im wirtschaftlichen und sozialen sowie im allgemeinen nationalen Interesse. (Beifall rechts.)

Ich zufe durchaus nicht nach Vernehmung der bergpolizeilichen Vorschriften, wie haben aber schon zu viel als zu wenig. Der Bericht ist gebildet, nicht an die Gabe der Bergarbeiter, sondern auf die Durchführung kommt es an. Im Inneren Kerne ist die ganze Frage eine Lohnfrage. Nicht überall, aber vielerorts ist das Gebirge so festgelegt, daß es die Arbeiter nur unter Aufbietung ihrer letzten Kräfte herauszuschlagen können. Nirgends mehr, als im Bergrevier, ist das Arbeitslohn so niedrig. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die armen Zeugen von Steiger trifft keine Schuld. Sie sind oft noch schlimmer daran, als die Arbeiter. Von schneidigen Bergwerkseigenen werden sie bisweilen nach militärischen Muster nach langer Schicht in die Grube zurückgelagt, weil das Gebirge nicht vollständig war. Auf einer Grube der Firma Dissen ist ein Steiger darüber in gelinde Depression gekommen. (Bezeugung) Selbst die höheren Beamten und sogar die Generalschicht sind zu einem großen Teil nur willenlose Puppen in den Händen der Aktionäre. — Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein paar Lumpige Mark mehr für Sicherheitsvorrichtungen auf der Zeche Borussia und Rabod die Katastrophen verhindert hätten. — Hundert man sich angesichts solcher Mithiering, angedacht der schwarzen Hütten über die elementare Empörung der Arbeiter, wie sie auch beim Empörung des Brünen Eitel Friedrich zum Ausdruck gekommen ist? Im Mineralienfeld sind die Bergwerksfluten mit Ketten, heute macht man schwarze Hütten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wir machen die Bergbehörde in erster Linie verantwortlich, sie ist doch zur Aufsicht, aber nicht zur Defektion da.

scheint der Hausfrau die mit der **Naturbutter** zum Verwechseln ähnliche Beschaffenheit der beiden Margarine-Marken

„Rheinperle“ und „Solo in Carton“

Der Grund liegt in der Verwendung ausgesucht feinsort Roststoffe, welche mit Milch resp. Sahne verbuttert werden, wodurch die einzig dastehende täuschende Butterähnlichkeit erreicht wird. Ueberall erhältlich!

Holländische Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, Goch (Rheinland)



